

6/1994

5. Parteitag der CDU in Hamburg 20. bis 23.
Februar 1994



Hintze

Der Text des
neuen
Grundsatz-
Programms
mit den
Einführungs-
reden
erscheint in
der nächsten
UID-Ausgabe



Bundeskanzler Helmut Kohl:
Kämpfen, liebe Freunde,
egal ob wir Rückenwind
oder Gegenwind haben!
Seite 2—23

**Generalsekretär Peter
Hintze:** Wenn wir gemeinsam
unsere Überzeugungen ver-
treten, werden wir gewinnen.
Seite 23—25



Wolfgang Schäuble: Wir
dürfen die Verantwortung für
unser Gemeinwesen nicht
den Sozialisten überlassen.
Seite 36—46

Beschluß:
Für
Wachstum
und
Beschäftigung.
Grüner Teil

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Kämpfen, liebe Freunde, egal, ob wir Rückenwind oder Gegenwind haben!

Vorhin durfte ich zur Eröffnung sagen, wie viele unserer Mitglieder, Anhänger und Wähler, aber auch unserer politischen Gegner, in diesen Tagen auf dieses Haus nach Hamburg schauen, um die Ergebnisse unseres Parteitages zur Kenntnis zu nehmen und vor allem unsere Antwort auf die Frage zu hören: Wie ist diese Christlich Demokratische Union jetzt, im Februar 1994, im Alltag des Geredes und Geschriebes, beisammen? Wie wird es mit der Union weitergehen?

Ich denke, es tut gut, wenn wir hier eine ganz nüchterne, aber ehrliche Standortbestimmung vornehmen, und jeder von uns sich noch einmal ganz klarmacht, worum es jetzt geht. Es spricht sich so einfach dahin: 18 Wahlen. Aber wenn ich so in den Saal schaue und Sie hier sitzen sehe — Kreisvorsitzende, Ehrenamtliche, Hauptamtliche —, dann weiß ich, dann wissen wir, was es heißt: 20 Tage bis zur Landtagswahl in Niedersachsen, bis zur Europawahl noch dreieinhalb Monate, bis zur Bundestagswahl noch acht Monate, die Landtagswahlen in allen neuen Bundesländern und in Bayern, Kommunalwahlen in fünf alten Bundesländern und Kommunalwahlen in vier neuen Bundesländern.

Das heißt Arbeit, das heißt Mühe, das heißt auch Ärger und Verdruß, das heißt in diesem Augenblick aber vor allem:

Kämpfen, liebe Freunde, egal ob wir Rückenwind oder, wie im Augenblick, Gegenwind haben!

Das muß das erste Signal sein, das von Hamburg ausgeht. Darum bitte ich Sie, ja ich fordere Sie dazu auf, daß wir von Hamburg nach Hause zurückkehren und unseren Wählern sagen: Wir, die Union Deutschlands, wollen alle Wahlen, die ich genannt habe, gewinnen. Das Ziel ist Sieg und nicht Platz.

Das erste Signal geht nach Niedersachsen, zu unserem Freund Christian Wulff

Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl

und allen Freunden, die dort kämpfen. Dazu meine Bitte: Alle diejenigen, die aufgefordert werden — es können gar nicht genug sein —, nach Niedersachsen zu kommen, mögen gemeinsam mit uns zu den Wählern gehen, unsere Politik erläutern und für unsere Sache werben. Das ist in Niedersachsen gut zu machen. Dort steht ein prima Kandidat zur Wahl, der alles mitbringt, was ein junger Kandidat braucht.



Deswegen — das sage ich vor allem im Namen unserer niedersächsischen Freunde — genügt es nicht, hier zu klatschen, sondern erforderlich ist, daß wir gemeinsam kämpfen und daß nirgendwo der Eindruck entsteht, als wollte der eine oder andere nicht kämpfen. Das ist Voraussetzung, wenn wir gewinnen wollen. Am Beispiel Niedersachsen und Hessen erleben wir ja, was Rot-Grün in diesem dramatischen Augenblick deutscher Geschichte bedeutet, wo es nicht länger möglich ist, am status quo festzuhalten, Besitzstände zu zementieren, sondern wo es darum gehen muß, daß wir Zukunft sichern und gewinnen. Am Beispiel von Niedersachsen und von Hessen kann man zeigen, wie es aussehen würde, wenn die Wünsche der Sozialdemokraten Wirklichkeit würden, nämlich mit Rot-Grün die Macht und die Verantwortung in Deutschland zu übernehmen. Das müssen wir den Wählern deutlich machen. Der Wähler muß wissen, worum es geht, wo die Unterschiede sind. All denen, die

uns Ratschläge geben, wie wir uns zum Wahlsieg bewegen sollten — etwa wie ein Slalomfahrer dem Ziel entgegen —, sage ich: Der Wähler will die Unterschiede nicht verwischt haben.

Ich bin für einen fairen Wahlkampf. Aber fair kann nicht heißen, daß uns die einen prügeln und wir dann die andere Wange hinhalten. Das tun wir nicht.

Unser Land steht vor einer Weichenstellung. Jeder spürt das. Wir müssen deutlich machen, für was wir stehen: für eine Politik für Frieden und Freiheit. Wir müssen den Menschen sagen, daß dies nicht eine milde Gabe des Himmels ist. Vielmehr ist in diesen Wochen und Monaten wieder spürbar, wie richtig das Bismarck-Wort ist, daß sich in der Außenpolitik das Schicksal einer Nation erfüllt.

Politik für Frieden und Freiheit für Deutschland heißt immer Freundschaft und Partnerschaft mit unseren Nachbarn. Seit Konrad Adenauer war unser wichtig-

stes Ziel, verlässliche Freunde und Partner zu sein. Das hat unseren Erfolg in der Welt begründet.

Das heißt Politik für Stopp und für Abbau der Arbeitslosigkeit: Vier Millionen Arbeitslose können und dürfen wir nicht hinnehmen. Das ist die große innenpolitische Herausforderung für unser Land.

Aber das heißt auch Politik für Investitionen, Politik für Wachstum. Und auch das will ich aussprechen: Das heißt auch, daß sich alle daran beteiligen müssen, daß es nicht so billig abgehen kann nach dem Motto: Wenn es gutgeht, waren es Unternehmen und Gewerkschaften, wenn es schlechtgeht, war es die Politik. Nein, wir alle haben hier eine gemeinsame Verantwortung.

Erneuerung und Umdenken

Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze bedeuten immer, daß wir fähig sind zur Erneuerung und zum Umdenken. Mancher wundert sich, daß wir jetzt, in diesem Wahlkampf, vor einer etwas ungewöhnlichen Lage stehen: Diejenigen, die am Wahltag seit zwölf Jahren die Verantwortung tragen, sprechen vom Weiterentwickeln, von der Zukunftssicherung und von der Notwendigkeit des Umdenkens, und diejenigen, die dran wollen, sprechen von den Besitzständen. Mir gefällt diese Einteilung, weil sie uns zwingt und notwendig macht, daß wir den Menschen jetzt sagen, was ist, auch scheinbar Unbequemes aussprechen und das Erforderliche durchsetzen.

Das Land wird keine Zukunft haben, wenn wir jetzt nicht Einkehr halten und die Zukunftsperspektiven sehen, wenn wir nicht dazu fähig sind, ganz nüchtern zu fragen: Was ist gut geraten in diesen

Jahrzehnten — es ist vieles sehr gut geraten — , und was hat sich nicht bewährt?

Die Sozialdemokraten gehen — wie eigentlich immer wieder in den letzten Jahrzehnten — den sehr bequemen Weg. Sie würden das Land, wenn sie die Verantwortung hätten, in eine internationale Isolierung führen. Willy Brandt hat es ja gesagt: Die deutschen Sozialdemokraten gegen den Rest der Welt. Wenn Sie sich einmal die jetzige Position der deutschen Sozialdemokraten innerhalb der Sozialistischen Internationale in Europa betrachten, werden Sie feststellen, daß diese völlig isoliert sind.

Das Wort Isolation, liebe Freunde, darf aber nie wieder ein Leitwort deutscher Politik werden.

Wir haben in diesem Jahrhundert bitter dafür bezahlt, daß sich unser Land in die Isolierung begeben hat oder sich zu manchen Zeitpunkten in die Isolierung auch hat drängen lassen. Wir müssen bündnisfähig bleiben, und die Voraussetzung dafür ist, daß wir Vertrauen genießen.

Eben war mit gutem Grund viel vom Vereiningungsparteitag der Union hier in Hamburg die Rede. Wir hätten diesen Tag der Deutschen Einheit nie erlebt, wenn unsere Freunde im Westen, unsere Partner im Osten uns nicht vertraut hätten. Vertrauen ist die Voraussetzung für alles, im privaten wie im politischen Leben.

Ein schwieriges Jahr

Das Wahljahr 1994 ist nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in allen Industrieländern ein schwieriges Jahr. So richtig diese Feststellung ist, so wenig nützt sie uns politisch im eigenen Land. Wir erleben einen dramatischen Wandel in der Welt, in Europa und in Deutschland.

Für den Bürger ist die schnelle Abfolge von Ereignissen Tag für Tag mit neuen, mit dramatischen Bildern kaum mehr nachvollziehbar. Viele fühlen sich überfordert. Das erzeugt Unsicherheitsgefühle, das erzeugt Ängste, das erzeugt völlig übersteigerte Erwartungen an die Politik.

Gegen Verdrossenheit

Dann gibt es dieses Wort von der Verdrossenheit; wir haben es heute früh schon gehört. Dann redet man von Politikverdrossenheit. Ich füge hinzu: Ich sehe überhaupt nur Verdrossenheit. Denn wenn ich die Mitgliedsverluste der CDU mit denen der Gewerkschaften in Proportion setze, habe ich nicht den Eindruck, daß wir besser dran wären als die anderen oder umgekehrt. Die feineren Leute in den Arbeitgeberverbänden reden von ihren Austrittszahlen nicht; auch diese sind beachtlich. Auch die Zahlen bei den Kirchen und beim Sport kennen wir.

Wir haben eine Entwicklung, die sehr viel tiefer geht: daß Menschen sich immer schwerer binden und bereit sind, sich festzulegen. Davon ist natürlich auch die Politik betroffen. Aber gerade weil dies so ist, können wir nicht jedem Zeitgeist sofort nachgeben.

Nein, wir müssen für ein Programm stehen, wir müssen es in einer verständlichen Sprache vortragen und wir müssen massiv gegen jene vorgehen, die als falsche Propheten die Ängste und die Unsicherheitsgefühle für eigene politische Zwecke ausnutzen wollen.

Noch selten zuvor ist so unentwegt versucht worden, mit Miesmacherei und mit dem Schüren von Pessimismus Politik zu machen. Ein Zeuge, der es wirklich wert ist, hier gehört zu werden, ist Martin Walser. Er hat in diesen Tagen in seiner Ehrendoktorrede in Dresden gesagt:

Es gibt offenbar prinzipiell schlecht Aufgelegte, die es mit ihrer persönlichen Verdrossenheit nicht aushalten. Also sollen wir alle diese Verdrossenheit teilen.

Dann fährt er fort:

Aber eine Partei, die historische Schwierigkeiten nur zu parteilicher Polemik nutzt, zeigt, daß sie noch keinen Vorschlag machen kann zur Überwindung der Schwierigkeiten.

Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Das heißt für uns und das heißt für mich: Wir kämpfen um jede Stimme, und wir vertreten unsere Überzeugung offensiv. Offensiv heißt, sich dem Kampf stellen. Offensiv heißt nicht, zu Hintergrundgesprächen einzuladen und das — möglichst ohne Absender — unter die Leute zu bringen, was man sonst nicht wagt, offen zu sagen. Das ist keine große Kunst.

Wir müssen offensiv werden

Offensiv heißt nicht, seine eigene Betroffenheit so zu pflegen, daß man den Blick für die Wirklichkeit des Lebens verliert. Offensiv heißt für mich nicht, Angst vor der eigenen Courage zu haben und vor jenen in die Knie zu gehen, die sich mächtig dünken, weil sie vielleicht über die Möglichkeiten der Druckerzeugnisse oder über die Medien verfügen. Wir stehen für unsere Politik ein.

Wir werden gewinnen, wenn wir vor niemandem in die Knie gehen, liebe Freunde. Das ist das Entscheidende.

(Anhaltender Beifall)

Das soll nicht das Ende der Diskussion bedeuten, überhaupt nicht. Eine so große

Partei, eine so große politische Gemeinschaft muß selbstverständlich um den richtigen Weg in die Zukunft ringen.

Sie muß es mit Respekt vor der Meinung des anderen tun. Wir müssen fähig sein, Argumente zu hören und zu wägen. Aber wir dürfen auch den Wahlkalender nicht gänzlich außer acht lassen. Wenn in drei Wochen in einem Bundesland Wahlen sind, hat jeder in der Union in Deutschland die Pflicht, an die Wahlkämpfer zu denken, die jetzt bei Schnee und Eis abends über das Land ziehen und für diese Partei den Kopf hinhalten.

Fortsetzung der Koalition

Es kann auch für niemanden — ich sage „niemanden“, weil ich das genau so meine — einen Logenplatz im Staatstheater der Republik geben, wo man mit leicht amüsierten Miene beobachtet, was da ein paar große „Narren“ auf der Bühne aufführen. Wer sich in diesen Zeiten zu Lasten des Ganzen profiliert, schließt sich selbst aus der Gemeinschaft aus.

Deswegen, liebe Freunde, laßt uns jetzt nicht darüber diskutieren, daß wir für den Fall, daß wir entsprechend abschnelden, vielleicht eine große Koalition machen und dann bei den Sozialdemokraten unterschlüpfen. Dort ist es zwar miefig, aber warm. Das kann doch nicht unsere Politik sein.

Wir wollen die Fortsetzung der Koalition aus CDU, CSU und FDP, und dies wahrlich nicht aus Liebesgefühlen gegenüber der FDP. Aber es ist eine Frage der Vernunft. Wie anders können wir Zukunftsfragen der deutschen Politik, wie sie jetzt in ganz elementarer Weise anstehen, entscheiden?

Ich — nicht nur ich — denke, das ist uns trotz allem, was uns manchmal auch bei der FDP ärgert, am besten mit der FDP möglich. Deswegen laßt uns aufhören, den Sozialdemokraten bei der Wahl zu helfen, indem wir von vornherein so tun, als seien sie der künftige Partner!

Wenn ich das sage — damit da kein Zweifel aufkommt —, stehe ich zu dem Satz, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands natürlich mit allen demokratischen Parteien koalitionsfähig ist. Wir haben in den Ländern solche Koalitionen, und ich unterstütze sie. Aber für den Bund verheißt eine Große Koalition nichts Gutes, und wir wollen doch etwas Gutes für unser Land.

Deshalb, liebe Freunde, sage ich ganz knapp: Wer eine andere Politik will, der hat zwischen jetzt und Mittwoch spätnachmittag die Chance, das von dieser Stelle aus zu vertreten. Aber wenn wir am Mittwoch nach Hause gehen, ist mit solchen Debatten Schluß. Dann kämpfen wir gemeinsam. Wer das nicht will, steht im Abseits.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, jedes Jahrzehnt hat sein Signum, und Politik in den 90er Jahren ist auch deswegen schwieriger geworden, weil unser Land und unser Volk Stimmungen stärker unterliegen als in früheren Zeiten. Das zeigt sich nicht nur in der Demoskopie, das zeigt sich überall.

Ich will an einem Beispiel verdeutlichen, wie vergeßlich wir sind, ich sage dies auch zu mir selbst.

Den Täter beschuldigen

Im Juni 1993 haben in Bad Kleinen Beamte der GSG 9 und des Bundeskriminalamtes Terroristen gestellt. Dabei wurde ein Beamter der GSG 9 ermordet.

Der Täter, ein Terrorist, kam selbst ums Leben — jetzt erwiesen: durch Selbsttötung. Beschuldigt wurde in den Tagen danach nicht der Täter. Beschuldigt wurde der Beamte, der für unser Land, für unsere Freiheit sein Leben ließ.

Über das Opfer reden

Sehen Sie, wenn wir es zulassen — das hat etwas mit uns, wie wir hier sitzen, zu tun; das ist nicht eine Sache des Kanzlers, des Parteivorsitzenden, sondern das ist unser aller Sache —, daß in Deutschland eine Stimmung erzeugt wird, wonach der Ermordete beweisen muß, daß er kein Mörder ist; wenn wir eine Entwicklung haben, daß derjenige, der einen solchen Täter als Mörder bezeichnet, bei der Staatsanwaltschaft angezeigt wird und öffentlich zur Verantwortung gezogen wird; und wenn wir jetzt schon gar nicht mehr über das Opfer reden: dann ist das alles unerträglich für das Klima in unserem Land!

Am Beispiel des getöteten Beamten der GSG 9 will ich gerne einmal die Gelegenheit wahrnehmen, all denen Dank zu sagen, die Tag und Nacht für unsere Sicherheit sorgen und die viel zu wenig mit Sympathie unterstützt werden.

Lassen wir uns nicht ins Bockshorn jagen von dem, was da täglich gesagt wird! Viele gucken mich ja im Moment wie einen etwas abartigen Vogel an.

(Heiterkeit)

Dies geschieht nach dem Motto: „Wieso kann der überhaupt noch von Wahlsieg reden?“ Ich orientiere mich an meiner Erfahrung. Meine Erfahrung ist ja so, daß ich unentwegt von Sympathiewellen in diesen Jahrzehnten getragen wurde. Auch das wissen Sie.

Sehen Sie, ich erinnere mich noch genau an den Dezember 1982 und den Januar 1983, als viele — auch in unserer Partei — sagten: Ihr werdet doch jetzt — kaum seid Ihr an der Macht — mit vorgezogenen Neuwahlen den Regierungswechsel nicht gleich wieder verspielen. Mein Argument, wir könnten nicht ohne Legitimation durch eine Neuwahl die Stationierung der Pershings durchsetzen, hat — jedenfalls am Anfang — nur ein geringes Gewicht gehabt. Unsere sozialdemokratischen Kollegen sind damals aus den Ministerien ausgezogen, saßen auf ihren Koffern im Bundeshaus und sagten: Das ist ein Betriebsunfall. Bald kommen wir wieder zurück.

Nun ja, es sind mittlerweile zwölf Jahre geworden. Die Koffer sind ausgepackt, und ich bin dafür, daß sie die Koffer auch noch einstweilen in der Kofferkammer lassen.

Erinnern Sie sich noch?

Wo stünden wir denn heute, wo wäre die deutsche Einheit, wo wäre übrigens jetzt in diesen Tagen die NATO im früheren Jugoslawien, wenn wir damals der SPD gefolgt wären? Ich brauche nicht soweit zurückzugehen. Unter uns sitzt Lothar de Maizière. Erinnern Sie sich noch an den Februar 1990? Das werden wir ja noch tun dürfen. Da las ich doch damals — und manche derer, die so intelligent geschrieben haben, schauen mir jetzt zu, und deswegen begrüße ich die besonders herzlich —,

(Heiterkeit)

meine Damen und Herren: Das sind uralte sozialdemokratische Kernlande — Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen.

Dann hieß es: Wie könnt Ihr angesichts dieser Tatsache denn überhaupt in den

Wahlkampf ziehen? Man hatte uns doch null Chancen eingeräumt. Es waren viele Faktoren, die zu unserem Erfolg führten, das ist wahr. Aber wir haben die Wahl gewonnen. Wir haben die Wahl zur ersten frei gewählten Volkskammer mit Lothar de Maizière und mit unseren Freunden gewonnen. Das ist die Realität.

Deshalb — ich sage es ganz einfach —: Wie immer der Wind jetzt sein mag, ob er sich dreht, liegt entscheidend an uns. Wenn wir wirklich von Bürgernähe nicht nur reden, sondern bürgernah sind, wenn wir uns Gesprächen und Diskussionen stellen, wenn wir unsere Programmatik und unsere personale Repräsentanz glaubwürdig vorstellen und vorleben, dann haben wir diese Chance. Deswegen: Lassen Sie uns gemeinsam uns auf den Weg machen.

Wir müssen hier in Hamburg vor allem sagen, weshalb wir erneut die Regierungsverantwortung in Bonn übernehmen wollen, worum wir uns bewerben und mit welchen Argumenten wir dies tun. Ich denke, das erste und wichtigste ist, daß wir im Bereich der Innenpolitik fähig sind, trotz 4 Millionen Arbeitslosen, trotz all der Probleme, die damit zusammenhängen, den Standort Deutschland für die Zukunft zu sichern; daß wir wissen, daß ohne Leistung kein Wachstum möglich ist und es keine Arbeitsplätze für die Zukunft und keine soziale Sicherheit gibt; und daß deshalb, liebe Freunde, ob es uns paßt oder nicht, Umdenken angesagt ist.

Die Veränderungen in der Welt sind so dramatisch, und als Industrienation haben wir soviel neue Konkurrenz bekommen, daß es notwendig ist, auch Besitzstände in Frage zu stellen.

Wir wollen gewählt werden,
weil unsere Gesellschaftspolitik den Menschen Halt, Heimat und Orientie-

rung sichert. Wir wollen gewählt werden, weil wir für einen starken freiheitlichen Rechtsstaat stehen — nicht einen Nachwächterstaat, sondern für einen Staat, der Schutz und Schirm für seine Bürger ist.

Wir wollen gewählt werden,
weil wir eintreten für den Zusammenhalt zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt, für die Stärkung der Familie mit Kindern, für Anerkennung, Respekt und Zuneigung gegenüber der Generation der Älteren, auf deren Schultern wir stehen.

Wir wollen gewählt werden,
weil unsere Außen- und Sicherheitspolitik Frieden und Freiheit garantiert und weil wir verlässliche Partner sind.

Dazu gehört auch — und ich beziehe mich hier ganz besonders und ausdrücklich auf alle meine Vorgänger im Parteivorsitz, lieber Rainer Barzel, genauso wie auf jene im Amt des Bundeskanzlers, soweit sie aus der Union kamen —: Wir waren und wir bleiben die Europapartei. Deutsche Einheit und europäische Einigung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Wir wollen gewählt werden,
weil für uns Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit Richtschnur unserer Politik sind und weil auch die Diskussion auf diesem Parteitag zum Grundsatzprogramm dies einmal mehr deutlich macht.

Wir wollen gewählt werden,
weil wir nicht wanken, wenn es um eine scharfe und ohne Wenn und Aber gelebte Abgrenzung gegenüber den Radikalen von rechts und links geht. Rechtsradikale sind für uns ewig Gestrige, die nichts aus der Geschichte gelernt haben, und Linksradikale sind verantwortlich für die materiellen und seelischen Verwüstungen in

einem Teil Deutschlands. Das heißt: Rechts- und Linksradikale sind eine Schande für unser Land!

Wir wollen auch gewählt werden, weil wir auf eine erfolgreiche Bilanz verweisen können. Dies auszusprechen heißt natürlich auch, daß vergangene Erfolge schnell vergessen werden. Aber wenn Sie die Ihnen vorliegenden Unterlagen über unsere Erfolge und Leistungen in den letzten Jahren einmal studieren, werden Sie erkennen, daß in einer kurzen Zeitspanne Hervorragendes geleistet wurde. Wir sollten das immer wieder den Menschen in Erinnerung rufen.

Wir haben 3 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen

Es war immerhin möglich — und das waren wir —, von 1983 bis kurz vor der deutschen Einheit die Staatsquote drastisch zurückzuführen. Das Durchschnittseinkommen der Beschäftigten stieg um real fast 18 Prozent. Daß wir Arbeitsplätze schaffen können, haben wir mit über 3 Millionen neuen Arbeitsplätzen bewiesen. Ich sage dies, weil ja die Sozialdemokraten in ihrer Politik des Miesmachens verwischen wollen, daß die Stabilität der alten Bundesrepublik des Jahres 1989 überhaupt erst die Voraussetzung geschaffen hat, um die ökonomischen Herausforderungen der deutschen Einheit in den Jahren danach meistern zu können.

Liebe Freunde, dazu gehört auch, daß wir nicht nur an das Geld denken. Schauen wir uns doch hier im Saal einmal um. Wir sehen hier die Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg, aus dem Osten Berlins, aus Sachsen, aus Sachsen-Anhalt, aus Thüringen und aus

Mecklenburg-Vorpommern. Zunächst einmal ist zu sagen: Wir sind glücklich im geeinten deutschen Vaterland. Das ist das Erste und das Allerwichtigste.

(Anhaltender Beifall)

Ein Traum ist Wirklichkeit geworden.

Ich habe in diesen Tagen mit Boris Jelzin besprochen, wie der Tag Ende August abläuft, wenn die letzten russischen Soldaten nach 50 Jahren abziehen. Ich frage jeden von uns und mich auch: Hätten wir es für möglich gehalten, daß dies in aller Freundschaft, in Partnerschaft, in enger Zusammenarbeit nach 50 Jahren geschieht? Das ist doch phantastisch. Das ist ein Grund zum Freuen. Man braucht doch nicht in den Keller zu gehen, um zu verbergen, daß man Freude empfinden kann. Wo sind wir, was dies angeht, in Deutschland eigentlich hingekommen?

Sagen wir es den Leuten: Es war ein Erfolg unserer Politik

Liebe Freunde, halten wir einen Moment inne, und stellen wir uns die Frage — jeder kann diese Frage doch beantworten —: Wann hat es in der jüngeren deutschen Geschichte je einen Zeitabschnitt gegeben, in dem die Regierung unseres Landes exzellente, freundschaftliche Beziehungen zu Washington, Moskau, Paris und London hatte? Das ist der Erfolg unserer Politik! Sagen wir es den Leuten draußen, daß dieser nicht durch Sozialdemokraten verspielt werden darf, die das Land in die Isolierung führen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Danke zu sagen sollte in unserem Land nicht altmodisch werden, weder im privaten Umgang noch in der Politik. Deswegen war es für mich eine große Freude, daß ich in diesen Tagen in Washington

George Bush und seinen Mitarbeitern noch einmal den Dank unseres Landes aussprechen konnte, wie ich es auch bei jeder Gelegenheit gegenüber Michail Gorbatschow tue. Wir wollen nicht vergessen, was diese beiden Männer und andere für uns getan haben.

Liebe Freunde, zu dieser Dankbarkeit sollte vor allem auch in den alten Bundesländern der Dank an unsere 17 Millionen Landsleute in der früheren DDR gehören, die mit dem Ruf „Deutschland, einig Vaterland“ dieses große Werk überhaupt erst möglich gemacht haben.

Wir karten nicht nach, wir kramen auch nicht in alten Akten, wenn wir sagen: In dieser großen Stunde unseres Volkes haben die Sozialdemokraten abseits gestanden. Sie haben sich getäuscht. Ich sage dies vor allem deshalb, weil ich fast täglich Briefe von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern, Landräten, Landespolitikern bekomme, nicht zuletzt aus meiner Heimat, die mich dringend ermahnen, alles zu tun, damit die amerikanischen Truppen bei uns im Lande bleiben. Es sind die gleichen Leute, die in ihren Ratsversammlungen jahrelang gegen die Amerikaner gehetzt haben. „Ami go home“, so hieß es damals.

Was vergessen wurde

Es ist auch kein Graben in alten Akten und schon gar keine „Schlamm Schlacht“ — ich nehme diese Stasiakten auch gar nicht in die Hand —, wenn ich von den Ereignissen dieser Jahre ausgehe, etwa vom Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion von 1984 — das ist kein Stasigeheimnis, sondern ein öffentlich bekannter Beschluß —, die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter zu schließen.

Worum ging es denn bei dieser Stelle? Man muß es sagen, weil die Leute es in der kurzen Zeit vergessen haben. Es ging doch nach den Erfahrungen mit Mauer und Stacheldraht darum, in Westdeutschland eine Stelle zur Dokumentation der Akte der Unmenschlichkeit, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter der SED-Diktatur aufzubauen — es sind in diesen Jahren immerhin über 40 000 Mißhandlungen, Folterungen usw. registriert worden —, um später einmal die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen zu können.

Es war eine der wichtigsten Forderungen Honeckers auch mir gegenüber, diesen Stachel im Fleisch der damaligen DDR zu beseitigen.

Woran wir erinnern

Wir erinnern jetzt daran, daß es unerträglich ist, wenn dies heute verniedlicht wird. Wir erinnern heute daran, daß man doch eigentlich nicht gut für die Menschlichkeit und die Menschenrechte in Chile oder in Südafrika, wie damals geschehen, demonstrieren und dabei die eigenen Landsleute vergessen kann.

Nicht mehr und nicht weniger sagen wir dazu. Dieses Recht werden wir uns auch jetzt im Wahlkampf nehmen, nicht zuletzt bei den 17 Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der früheren DDR, in den jetzigen neuen Bundesländern, wenn angesichts der Übergangsprobleme, die wir nun gemeinsam zu lösen haben, Miesmacherei betrieben wird.

Wir vergessen auch nicht, daß führende deutsche Sozialdemokraten die andere schlimme Forderung Honeckers zu akzeptieren bereit waren, unsere Landsleute auszubürgern — mit der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft.

Da ich im Sommer 1989 die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung geführt habe, weiß ich, wohin wir gekommen wären, wenn wir in dieser Frage unseren Kotau vor Honecker gemacht hätten, als Zigtausende von Landsleuten aus der DDR von Ungarn aus über die Grenze nach Österreich in die Freiheit kamen. Das ist die Erfahrung der Geschichte. Hier geht es nicht darum, wie Herr Thierse meint, daß man jetzt die Akten schließt und anschließend eine Historikerkommission einsetzt.

Ich habe nichts gegen die Einsetzung einer Historikerkommission. Aber auch diese würde zu dem gleichen Befund kommen, nämlich, daß in einer entscheidenden Phase deutscher Geschichte führende deutsche Sozialdemokraten ein Stück Zukunft des Landes verraten haben. Das ist die Wahrheit.

(Langanhaltender lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, wir haben jetzt die ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe, im Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes den Standort — dieser Begriff ist mir zu technisch, aber er ist halt zutreffend — zu überdenken. Das heißt, daß wir uns nicht der Illusion hingeben dürfen, es genüge, jetzt eine Verbesserung der Wirtschaftslage zu erreichen, ohne gleichzeitig tiefgehende Verwerfungen beseitigen zu müssen. Dies ist eben kein „normaler“ Konjunkturreinbruch gewesen. Es sind dabei vielmehr tiefe strukturelle Verwerfungen, die in Jahrzehnten gewachsen sind, deutlich geworden.

Signale der Verbesserung

Es ist auch wahr — ich muß mich deswegen nicht unter die Gurus einreihen —, daß es deutliche Signale für eine Verbesserung der konjunkturellen Situation gibt.

Machen wir uns aber keine Illusionen: Es wird noch längere Zeit dauern, bis wir eine positive Auswirkung auf dem Arbeitsmarkt erleben. Der Arbeitsmarkt ist für mich keine statistische Größe, ebensowenig die derzeitige Zahl der Arbeitslosen von vier Millionen. Wir sollten uns von der Statistik abwenden und in die Gesichter der Menschen schauen.

Wir müssen handeln und schnell Abhilfe schaffen

Diejenigen, die arbeiten wollen — ich denke nicht an diejenigen, die sich drücken und das Sozialsystem ausbeuten —, die vielen Millionen, die arbeiten wollen, stellen sich, wenn sie nicht arbeiten können — vor allem dann, wenn sie länger arbeitslos sind —, immer mehr die Frage: Werden wir überhaupt noch gebraucht?

Eine Christlich Demokratische Union, die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist — wir sind nicht Anhänger der Marktwirtschaft; wir sind Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft —, muß es umtreiben, wenn eine solche Frage gestellt wird.

Wir müssen über alles nachdenken, und wir müssen handeln, um hier so rasch wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Es nützt nichts, wenn wir uns jetzt gegenseitig die Schuld zuschieben. Es ist natürlich wahr, daß zu Tarifabschlüssen immer zwei Unterschriften gehören: die der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Es ist natürlich wahr, daß wir nach Jahrzehnten eine dramatische Überregulierung in vielen Bereichen unseres Landes haben. Sie sehen es doch jetzt beim Aufbau in den neuen Ländern, wie sich diese Überregulierungen und Vorschriften praktisch auswirken.

Wenn Ludwig Erhard 1953 schon mit einer solchen Überregulierung konfrontiert worden wäre, wäre der Aufschwung erst Jahrzehnte später erfolgt. Wir müssen jetzt wirklich den Mut aufbringen und sagen: Wir wollen den Rechtsstaat und nicht den Rechtsmittelstaat. Wir müssen entsprechende Konsequenzen ziehen und eine Menge Bürokratie abbauen.

Sicherung des Standortes

Und wenn wir vieles nur einmal fünf Jahre ruhen lassen, wenn wir das Baugesetzbuch der Bundesrepublik, auf das wir, auch ich, zu Beginn der achtziger Jahre noch stolz waren — für fünf Jahre in den Frigidaire tätigen, würde besser, schöner und mehr gebaut. Das ist meine Überzeugung.

Deswegen plädiere ich leidenschaftlich dafür, daß wir das jetzt versuchen. Da werden wir neue Fehler machen. Aber wer gar nichts tut, macht natürlich den allergrößten Fehler.

Wir haben gerade zwei Projekte hinter uns gebracht: z. B. die Bahnreform, die ein Opus für sich ist. Hier sitzt Matthias Wissmann; er ist nun der glückliche Verkehrsminister — er hat es verdient —, der es geschafft hat.

Angefangen aber hat es Hans-Christoph Seebohm Ende der fünfziger Jahre. Überlegen Sie: Für die unabdingbare Notwendigkeit, die Straße zu entlasten und nicht alle Güter über die Straßen und Autobahnen zu schleppen, für die absolute Notwendigkeit, schnelle Züge zu bauen und bei uns fahren zu lassen, haben wir Jahrzehnte gebraucht. Das ist für ein Industrieland, das Weltspitze sein will, ein Luxus, den wir uns nicht mehr erlauben können.

Schauen Sie sich das Thema „Postreform“ an. Da geht es um viele, viele Zehntausende modernster Arbeitsplätze. Im Ausland setzt man auf uns. Unser verstorbener Freund Jozsef Antall hat noch kurz vor seinem Tod in einer seiner letzten Kabinettsitzungen durchgesetzt, daß die Modernisierung der ungarischen Post den Deutschen übertragen wird. Er hat es mit der klassischen Begründung versehen: „Die Deutschen werden in kurzer Zeit wieder die modernste Post der Welt haben.“ Er hat daran geglaubt. Warum glauben wir es eigentlich nicht, liebe Freunde?

Warum tun wir es nicht trotz aller Schwierigkeiten, die wir haben?

Ich glaube, wenn wir das Thema so angehen und die Frage nach der Sicherung des Standorts zu unserem Thema machen, dann werden wir auch mit Recht auf großartige Ergebnisse verweisen können.

Ich wünschte mir beispielsweise, daß alle Kammerpräsidenten, wenn sie ihre Forderungen gegenüber der Politik erheben — das ist in Ordnung —, immer ihre Reden damit beginnen, daß die Unternehmensteuern in der Bundesrepublik auf das bisher niedrigste Niveau gesenkt worden sind. Das ist ein hervorragender Impuls für Wachstum und Beschäftigung.

Für flexible Arbeitszeiten

Ich wünsche mir zum zweiten, daß Arbeitgeber und Gewerkschaften — jetzt muß ich ehrlich sagen, auch wir, der Staat, die öffentliche Hand, auch der Bundeskanzler für den Bund als Gesprächspartner — endlich damit anfangen, flexible Arbeitszeiten zu realisieren und nicht nur darüber zu sprechen.

Anders gefragt: Muß eigentlich erst Massenarbeitslosigkeit dieser Art kommen, damit wir im Automobilbereich — in Rastatt oder in Kaiserslautern — zu Vereinbarungen kommen, die vorher nicht möglich waren?

Jetzt wird diskutiert, wir wollten den heiligen Sonntag gefährden. Davon ist keine Rede. Aber wir waren doch auf dem besten Weg, den Samstag viel heiliger zu machen, als der Sonntag es je war. Das ist doch die Erfahrung, die wir gemacht haben.

Jetzt endlich, nach langem, viel zu langem Gezerre haben wir das Gentechnikgesetz novellieren können. Das alles gehört doch zu der Frage: Wird diese Bundesrepublik Deutschland, unser Land, es schaffen, der internationalen Konkurrenz gewachsen zu sein? Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Wir sind kein rohstoffreiches Land. Von der Kohle abgesehen haben wir kaum Bodenschätze.

Ein Stück Zukunft

Die, die jetzt bei der Kohle nur kurzfristig rechnen, will ich warnen, und ich will ihnen sagen: Ich halte das für eine kurzfristige Politik. Das ist ähnlich wie bei der Landwirtschaft. Es gibt Bereiche, die eben nicht nur nach marktwirtschaftlichen Kategorien zu betrachten sind. Wir brauchen morgen und übermorgen und in Jahrzehnten die Sicherung unserer Ernährungsbasis durch unsere Bauern. Wir brauchen eine Energiebasis, wir werden auch die Kohle noch brauchen, auch noch im 21. Jahrhundert.

Und ich sage, weil ich in Hamburg bin: Man kann nicht ein Küstenland sein, mit Meereszugang und sagen: Aus der Werftindustrie steigen wir völlig aus. Es gibt diese drei großen wichtigen Bereiche, bei

denen Sie natürlich nicht den Ludwig-Erhard-Preis bekommen, das weiß ich. Aber Sie bekommen ein Stück Zukunft.

Wir brauchen Verständnis für die Notwendigkeit, in der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unseren Mann, unsere Frau zu stehen. Anders ausgedrückt: Wir sind nicht viel schlechter geworden, aber die anderen sind viel besser geworden.

Früher haben wir immer nur von Taiwan, von Japan geredet. Jetzt, liebe Freunde, haben wir die Konkurrenz doch vor der Haustür. Wir wollen sie doch. Es ist doch elementar für unsere Sicherheit, daß die Russen oder die Ukrainer oder die Tschechen oder die Polen so schnell wie möglich wirtschaftlich auf die Beine kommen.

Den Wettbewerb bestehen

Vor unserer Haustür, in der Tschechei, haben wir ein Land, in dem eines der intelligentesten Völker Europas lebt. Wenn in einem großen europäischen Konzern in diesem Land in Brünn drei DM Stundenlohn für den Metallfacharbeiter bezahlt werden und in Mannheim 40 DM, dann ist für jeden erkennbar, was das für den Wettbewerb bedeutet. Das kann natürlich nicht heißen, daß wir von den 40 DM runtergehen; das kann auch nicht heißen, daß es in Brünn bei den drei DM bleibt. Aber wir müssen uns schon etwas anstrengen, um das einigermaßen aufzuholen, wo es um Zukunftsentwicklung geht: Bei den Investitionen in erstklassige Ausbildung, bei der Qualifizierung der Arbeitnehmer, bei der Verbesserung der Infrastruktur. Ich sprach von der Bahnreform, ich sprach von der Postreform. Das, was unser Hamburger Landesvorsitzender gerade dem Bürgermeister ins Stammbuch geschrieben hat, gehört mit dazu, der Transrapid.

Wir haben keine Probleme mit Großunternehmen, wir haben keine Probleme mit europa- und weltweit operierenden Unternehmen. Wir sind dankbar für jeden Arbeitsplatz.

Nur: Erhardsche Politik bedeutet immer, das zu stärken, was in der Wirtschaft immer die Antriebsfeder gewesen ist: den Mittelstand. Er ist die bewegende dynamische Kraft! Das muß wieder deutlich werden, und zwar mit all dem, was dazu gehört.

Dazu gehört auch etwas anderes, was auf diesem Parteitag eine große Rolle spielen wird: nämlich die vernünftige Verbindung von Ökologie und Ökonomie. Ich gebrauche eigentlich viel lieber das Wort „Schöpfung“ als den Begriff Umwelt, weil es sehr viel mehr von unserer ethischen Verantwortung ausdrückt. Wir, unsere Generation, haben nicht das Recht, Umwelt und Umweltschutz in unserem Land verkommen zu lassen.

Mehr Flexibilität

Wenn ich das alles zusammenfasse, heißt das: Wir brauchen mehr Flexibilität, wir brauchen mehr Innovation. Und wir brauchen Stabilität; das hat mit Haushalt und Währung zu tun. Flexibilität ist beispielsweise, daß wir das tun, was üblich ist, nämlich, daß wir mehr Teilzeitarbeitsplätze schaffen. Liebe Freunde, es ist doch nicht zu verstehen, daß zweieinhalb Millionen Menschen in der Bundesrepublik, die Arbeit haben, bei Befragungen sagen, sie würden auch gerne Teilzeitarbeit leisten, daß wir aber aus mir völlig unverständlichen Gründen — übrigens auch beim Staat, der da auch ein miserables Beispiel gibt — nicht recht vorankommen.

In den Niederlanden ist jeder dritte Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt, bei uns ist es jeder sechste. Wenn wir die niederländischen Verhältnisse auf uns umrechnen, kommen wir auf rund zwei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze.

Wir brauchen doch nicht bis zum Jahr 2000 zu warten, sondern können das jetzt doch wirklich auf den Weg bringen. Die gesetzlichen Grundlagen sind doch längst geschaffen!

Wir haben jetzt auch beim Chemie-Abschluß — lassen Sie mich das ruhig einmal rühmend sagen — Beispiele von mehr Flexibilität, und ich sage Ihnen ganz offen: Ich kann überhaupt nicht verstehen, daß, während eine große Gewerkschaft wie die IG Chemie und die chemische Industrie — und das ist ja nicht irgend jemand in Deutschland — zu solchen Abschlüssen kommen, jetzt in der Metall-Industrie in diesen Tagen ernsthaft über Streik und Aussperrung geredet wird. Wir versündigen uns doch an der Zukunft unseres Landes, wenn wir uns jetzt solche Experimente leisten!

Mehr Innovation

Ich sprach vom Umdenken, auch im Blick auf Innovationen. Da stehen wir besonders in der Verantwortung. Es geht dabei nämlich auch um die Frage unserer Mitverantwortung in der Vergangenheit und unserer Verantwortung für die Zukunft, was ein technik- und forschungsfreundliches Klima in Deutschland anbelangt. Sehen Sie, wir haben zu lange geduldet, daß Unsinn im Lande betrieben wird: daß man jungen Leuten eingeredet hat, daß sie Furcht haben müssen, daß wir ihnen nicht das Ja zum Leben, das Ja zur Zukunft mit auf den

Weg gaben, sondern eine Grundstimmung, wie Sie sie heute ja manchmal finden, daß man möglichst lange beim Studium oder sonstwo verweilt, weil es „draußen“ kalt sein könnte. Wir brauchen aber doch junge Leute, die sich etwas zutrauen!

Geschehen muß das im Elternhaus und in der Schule und von mir aus gelegentlich auch einmal in einer Predigt am Sonntag; das alles zusammen kann für junge Leute sehr nützlich sein.

Ja zu Leistungseliten

Auf diesem Felde zeigt sich ja ein Teil der Heuchelei. Denn es ist auch etwas ganz anderes, was noch sehr viel tiefer geht, angesprochen: Wir haben ganz selbstverständlich sehr viel Sinn dafür und viel Freude daran, wenn unsere Sportler Hochleistungen vollbringen. In diesen Tagen der Olympischen Winterspiele ist das ganz offenbar. Da werden die Medaillen gezählt, und viele sind davon persönlich berührt. Da ist das Beispiel einer jungen Skiläuferin für Hunderttausende von jungen Leuten motivierend, und zwar in dem Sinne, daß sie selber auch etwas leisten wollen.

Warum übertragen wir diese Lebenserfahrung des Sports nicht auf Technik und Wissenschaft? Warum sagen wir nicht endlich wieder ein klares Ja zu einer der Voraussetzungen für einen funktionierenden Staat, nämlich das Ja zu Leistungseliten? Keine Demokratie kann ohne Leistungseliten existieren, und das zeigt sich vor allem auf dem Feld der Forschung und Technik.

Liebe Freunde, ich predige hier keinen blinden Fortschrittsglauben. Am Ende

dieses Jahrhunderts haben wir begriffen, was es heißt, daß technischer und wissenschaftlicher Fortschritt immer eine ethische Grundlage haben muß, daß nicht alles, was machbar ist, erlaubt ist. Aber wir können nicht den Lebensstandard und die soziale Sicherheit unseres Landes erhalten, wenn wir hier nicht an der Spitze der Entwicklungen in der Welt stehen, wenn unsere Unternehmungen nicht mehr darüber nachdenken, daß aus Forschungsergebnissen marktgängige, marktfähige Produkte gemacht werden.

Das ist eben nicht primär die Sache der Politik. Die Politik muß den Rahmen setzen; dafür bin ich, und das kann die Wirtschaft auch zu Recht einfordern.

Aber wenn ich gelegentlich dieses öffentliche Jammern höre, dann finde ich, sollte jeder vor seiner eigenen Tür kehren. Wir haben Fehler gemacht, aber andere haben auch welche gemacht, und wenn wir alle jetzt die Fehler beseitigen, wird das Land eine gute Zukunft haben. So einfach ist das eigentlich!

Dazu gehört ein Drittes: Zukunftssicherung durch Stabilität. Da sind wir ja nun völlig einer Meinung: solide Staatsfinanzen, stabile D-Mark. Wir können die Schuldenlast des Staates nicht weiter erhöhen. Wir haben die Staatsquote seit 1982 gesenkt, aber sie ist wieder auf eine Höhe gestiegen, die intolerabel ist. Wir können nicht fortdauernd weiter Steuern erhöhen; damit wird der Leistungswille des Landes und der Bürger zerstört.

Auch sagen, was nicht geht

Wir haben die wirtschaftliche Leistungskraft in ein vernünftiges Verhältnis zum Sozialstaat zu setzen, und deswegen müssen wir sparen. Es gibt keine weiteren Ver-

teilungsspielräume. Schulden, Zinslasten, höhere Steuern — das ist ein Teufelskreis.

Wir sollten deswegen auch ehrlich miteinander sein und sagen, was geht und was nicht geht. In einem Land wie Deutschland, in dem die Gesamtheit der Sozialleistungen eine Billion DM ausmacht, und zwar bei drei Billionen DM Sozialprodukt, kann es eine weitere Steigerung nicht geben. Das heißt nicht, daß wir den Sozialstaat abbauen müssen, aber es heißt, daß wir ihn umbauen müssen.

Wir müssen den Mißbrauch bekämpfen, aber ich bitte mir wirklich aus, daß in der CDU nicht nur vom Mißbrauch bei den Arbeitslosen — den es ja leider gibt — geredet wird, sondern genauso vom Steuer- und Subventionsbetrug. Alle drei Formen des Mißbrauchs sind gleichermaßen kein Kavaliersdelikt.

Ergebnis der Lebensleistung: Anspruch auf sichere Rente

Liebe Freunde, da müssen wir etwas tun, und ich kann Sie nur immer wieder bitten, das den Menschen zu sagen, weil es die zentrale Ausgangslage für Zukunftsüberlegungen ist: Wir müssen das in einer demographischen Situation tun, die in ihrer Bedeutsamkeit und in ihren Auswirkungen von vielen immer noch nicht begriffen wird. Es ist die freie Entscheidung der Deutschen, daß wir jetzt im dritten Jahrzehnt eine der niedrigsten Geburtenraten in der Welt haben.

Es ist erfreulich, daß wir eine steigende Lebenserwartung haben, im Jahre 2000 bei Männern 75, bei Frauen fast 81 Jahre. Wir zählen jetzt über drei Millionen über 80jährige in Deutschland, und Sie kennen die Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt.

Die Zahl der Rentner steigt. Deswegen auch dazu ein klares Wort: Diese Rentner sind nicht irgendwelche Leute irgendwo, sondern es ist, je nach unserem Alter, die Generation unserer Eltern oder der Großeltern. Die Rente, das ist nicht ein mildes Geschenk, das der Staat den Leuten macht, sondern ist Ergebnis der Lebensleistung eines Mannes und einer Frau. Wenn das so ist, haben sie einen Anspruch auf eine sichere Rente.

Deswegen laßt uns damit aufhören, hypothetische Überlegungen anzustellen, die am Ende die Menschen ins Unglück stürzen. Das kann nicht unsere Politik sein! Für uns bleibt es bei den Prinzipien Lohn- und Beitragsbezogenheit und Sicherheit des Lebensstandards im Alter.

Aus den Zahlen ergibt sich im übrigen ein Weiteres, nämlich die absolute Notwendigkeit der Pflegeversicherung, und da gehört das, was jetzt passiert, zu den völlig unverständlichen Vorgängen unserer Tage. Wir wissen, daß es keine zusätzliche Belastung der Wirtschaft geben darf, und dabei bleiben wir. Aber wir haben 1,8 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland. Und was machen wir jetzt? Wir haben 30 Urlaubstage. Wir haben zwischen 11 und 14 Feiertage. Das macht acht Wochen Freizeit.

Unerträgliche Diskussion

Jetzt geht es nicht einmal darum, zwei Feiertage zu streichen — sie werden beibehalten —, sondern darum, diese zwei Feiertage in der Lohnfortzahlung nicht zu berücksichtigen. Alternativ wird dem Arbeitnehmer die Chance gegeben, diese Tage aus seinem Urlaub auszugleichen. Darüber streiten und streiten wir, und die Alten — ich sage nicht „die Senioren“,

sondern „die Alten“, weil das der Wirklichkeit viel näher kommt — bleiben auf der Strecke. Ich empfinde es als völlig unerträglich, wie diese Diskussion abläuft!

Zentrales Thema Familie

Gleichzeitig nimmt in den deutschen Städten die Zahl der Singles zu. Es sind rund 50 Prozent Single-Haushalte, darunter sechs Millionen Menschen zwischen 25 und 65 Jahren. Hier ist doch erkennbar, daß im Großklima des Landes gegenwärtig etwas nicht stimmt. Deswegen ist es nicht, wie manche meinen, eine CDU-Narrheit — es gibt dazu ja auch eigenartige Äußerungen aus der FDP, was ich überhaupt nicht verstehen kann —, wenn wir sagen: Das Thema „Familie und Kind“ ist das zentrale Thema, wenn wir miteinander über die mittel- und langfristige Zukunftssicherung reden.

Wir haben da ja Großartiges auf den Weg gebracht, vom Familienlastenausgleich über Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld bis zur Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung und vieles andere mehr. Aber es genügt nicht.

Ich verspreche im Blick auf die Finanzlage des Bundes — und so wird auch unser Wahlprogramm aussehen — keine gewaltigen Summenveränderungen. Wir müssen in der nächsten Legislaturperiode, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, im steuerlichen Bereich für die Wirtschaft, für die Investitionsförderung etwas tun.

Aber wir müssen auch — und wenn es nur in kleinen Schritten geht — einen weiteren Schritt im Blick auf Familien mit Kindern tun.

Das ist nicht irgendein Thema. Ich bin für eine stärkere steuerliche Entlastung der Familien, für die Anhebung, die ohnedies aus Verfassungsgründen notwendig ist, des steuerlichen Freibetrags auf die Höhe des Existenzminimums. Und wir müssen sicherlich auch über weitere Dinge reden. Ich bitte mir allerdings aus, daß wir vorher, das heißt bevor wir öffentlich darüber reden, untereinander darüber sprechen.

Aber — und das füge ich warnend hinzu, weil ich fürchte, auch wir sind dem Zeitgeist ein wenig anheimgefallen —, so wichtig das Materielle ist, wir haben etwas viel Schlimmeres zu beklagen, nämlich, daß eine unübersehbare Kälte in unserer Gesellschaft im Verhältnis zu Kindern eingekehrt ist — und das zu bekämpfen, ist mindestens genauso bedeutsam wie alles, was wir finanziell tun können.

Das Kind schützen

Das Ja zum Kind ist eine ganz persönliche Entscheidung. Da hat der Staat nicht hineinzureden. Aber wenn Kinder da sind, muß der Staat Schutz und Schirm geben. Der Alltag einer Familie mit Kindern, und vor allem der Alltag von Alleinerziehenden, nicht zuletzt von alleinerziehenden Frauen, ist oft eher deprimierend im Blick auf die Art und Weise, wie die Gesellschaft — das ist unsere Gesellschaft, liebe Freunde — mit ihnen umgeht.

Lassen Sie mich ein Wort zum Thema Einheit des Vaterlandes sagen. Ich sagte es schon: Wir sind glücklich über das Geschenk der Einheit. Aber wahr ist auch, daß wir feststellen mußten, daß 40 Jahre Trennung viel tiefere Spuren hinterlassen haben, als wir — auch ich — vermutet hatten.

Daß die Beseitigung der Erblasten des SED-Regimes eine zentrale Aufgabe ist, ist auch wahr. Wenn wir verhältnismäßig mehr Geld aus der Bundeskasse für die neuen als für die alten Länder ausgeben, dann plädiere ich dafür, daß wir den Menschen im Westen sagen, daß die, die 40 Jahre haben warten müssen, jetzt Vorfahrt haben.

Zumutbare Prioritäten

Es geht bei mir zu Hause um eine neue Rheinbrücke. Man hat 30 Jahre lang über sie gestritten, 30 Jahre lang hat man keinen Platz dafür gefunden, und jetzt hat eben die Autobahn von Rostock nach Lübeck Vorrang. Denn sie wird für die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern benötigt.

Lassen wir uns nicht von denen beeindrucken, die sagen, man könne solche Prioritäten den Menschen in den alten Bundesländern nicht zumuten. Die große Mehrheit der Bürger im Westen Deutschlands weiß sehr wohl, daß diese These von der Vorfahrt für die neuen Bundesländer richtig ist.

Aber was wir jetzt brauchen, sind neben dem, was ökonomisch geschehen muß, vor allem Fortschritte im menschlichen Miteinander. Davon werden Millionen jeden Tag berührt. Ich muß Ihnen sagen: Was mich immer wieder bedrückt, ist die Tatsache, mit wie wenig Einfühlungsvermögen wir einander begegnen. Da wird doch manches in der alten Bundesrepublik von oben herab gesagt. Dabei wird fast immer vergessen, was es zum Beispiel heißt, daß so mancher Landesminister, Landrat oder Bürgermeister in den neuen Bundesländern noch vor fünf Jahren Facharzt oder Krankenschwester war

oder sonst einem Beruf nachging, in dem man keine Verwaltungserfahrung sammeln konnte.

Jetzt verhandeln sie mit Weltkonzernen über Automobilansiedlungen und vieles andere mehr. Dabei geht natürlich nicht alles ganz perfekt. Nur, wer in die deutsche Kommunalpolitik im Westen guckt, wird doch im Ernst nicht sagen wollen, da gehe alles perfekt. Lesen Sie doch die Lokalzeitungen.

In der Politik der alten Bundesrepublik sind doch Leute aktiv — ich schließe mich mit ein —, die jahrelang von einem bestimmten Politikstil geprägt wurden. Da weiß man, da steht die Kamera, dann knöpft man das Jacket zu. Man läßt die nächste Worthülse ab, wenn man nichts sagen will. Man ist eben relativ glatt im Umgang. Dann gilt man als „fit“.

Miteinander Geduld haben

Aber diese Glätte geht jemandem ab, wenn er 40 Jahre sozusagen auf einem anderen Stern gelebt hat, wenn er 40 Jahre geglaubt hat, daß freie öffentliche Meinung gleichbedeutend ist mit Fairneß. Ich erlebe das bei den Kolleginnen und Kollegen aus den neuen Bundesländern, die im Bundestag sind und die jetzt erleben müssen, daß es mit dem politischen Umgangsformen im Westen nicht immer zum Besten steht. Ich habe es bei Kabinettskollegen erlebt, die dann plötzlich glauben, sie ständen mit dem Rücken an der Wand.

Was wir brauchen, ist nicht ein Plakat, auf dem „Solidarität“ steht, sondern vernünftige Gespräche miteinander. Im Gottesdienst hieß es heute „Geduld miteinander haben“, und das ist das allerwichtigste, was wir jetzt in Deutschland brauchen.

Aber zum Bild gehört auch — ich füge es hinzu —, daß wir unseren Landsleuten in den neuen Ländern sagen, daß der Wohlstand der alten Bundesrepublik nicht in vier Jahren entstanden ist, sondern Jahrzehnte gebraucht hat und daß wir auch hier Geduld im Umgang miteinander üben müssen.

Ich habe keinen Zweifel, daß wir das, was wir wollen, gemeinsam erreichen — trotz all der Sorgen und Nöte, die ich und auch Sie bei der völligen Veränderung der Lebensperspektiven sehen.

Aber wenn ich heute etwa sehe, wie sich die Straßen und Autobahnen der neuen Länder präsentieren; wenn ich mir vorstelle, daß in 40 Jahren DDR genau 1,8 Millionen Telefonanschlüsse geschaffen wurden und es inzwischen, nach wenigen Jahren, 4,1 Millionen davon gibt; wenn ich das Schicksal der Rentner — das liegt mir besonders am Herzen — betrachte, die vor der Deutschen Einheit bei 45 Arbeitsjahren auf 450 bis 500 Ostmark Rente im Monat kamen und jetzt bei 1 250 DM angelangt sind, dann brauchen wir uns wahrlich nicht zu entschuldigen. Das ist ein Stück gelebter Solidarität in Deutschland.

Wobei wir uns vertan haben

Daß wir uns dabei auch vertan haben — auch ich —, räume ich jeden Tag ein. Als wir damals — Lothar de Maizière, Wolfgang Schäuble und andere — über die innerdeutschen Staatsverträge verhandelten, wurde das DDR-Vermögen — im April 1990 — auf 1 000 Milliarden DM geschätzt. Nicht nur wir haben das so geschätzt, es waren auch große Gurus jenseits des Atlantik, die diese Schätzungen gemacht haben. Dann haben wir gesagt, wir schreiben in das Vertragswerk zur Deutschen Einheit hinein, daß, wenn

alles abgerechnet ist und etwas übrig bleibt — Detlef Rohwedder nannte noch die Summe von 600 Milliarden DM —, es für die damaligen Einwohner der DDR gutgeschrieben wird.

Liebe Freunde, das war nicht vor 40 Jahren, damit wir uns nicht falsch verstehen. Das war vor vier Jahren. Wenn ich die Bundestagsdebatte dazu nachlese — ich will Sie nicht damit langweilen —, hätte uns jeder andere, auch jeder Sozialdemokrat, schwerste Vorwürfe gemacht, wenn wir gesagt hätten: Wir machen das nicht. Die Prognosen waren doch noch ganz anderer Art!

Die Probleme meistern

So habe auch ich mich getäuscht. Ich habe nicht erwartet, daß die Sowjetunion zusammenbricht, daß aus einem Handel in einem Umfang von 25 Milliarden mühsam — mit Hermes-Bürgschaften — jetzt ein Handel in einem Umfang von knapp fünf Milliarden geworden ist.

Aber in einem habe ich mich nicht getäuscht: erstens bei der deutschen Einheit und zweitens — ich bleibe dabei — : Es gibt, wenn auch zeitlich etwas später, blühende Landschaften in den Ländern, die früher die DDR bildeten.

Liebe Freunde, das erwartet auch die ganze Welt von uns. François Mitterrand verwendet immer die gleiche Formel: „Die Deutschen haben große Probleme. Sie wären nicht die richtigen Deutschen, wenn sie nicht die Probleme meistern würden.“ — Jetzt folgt ein Satz, den nicht ich sage, den ich aber zitiere. — „Und danach werden sie stärker sein als je zuvor.“

Sehen Sie, da sind wir bei einem zentralen Punkt unserer Gegenwart. Es gibt bei

allen unseren Nachbarn die Frage: Was ist eigentlich mit euch Deutschen los? Wofür steht ihr? Wenn Volker Rühe mit seinen Kollegen verhandelt, dann heißt es: Darfst Du das eigentlich tun? — Wenn der Außenminister verhandelt, dann kommt er zurück und sagt: Es war furchtbar. Alle haben gesagt: Dieses und jenes muß geschehen, und alle haben an mir vorbeigekuckt, denn wir sind ja nicht handlungsfähig.

Sehen Sie, es ist — ich sage es einmal so — gegen die Ehre und gegen die Würde unseres Landes, daß wir Mitglied der Vereinten Nationen sind und die Rechte in Anspruch nehmen, aber uns vor den Pflichten drücken, wenn die Unwetter der Geschichte heruntergehen.

Es spricht gegen uns, die wir Politik gestalten, wenn wir uns in dieser Frage nicht zusammenfinden, sondern nach Karlsruhe gehen nach dem Motto: Es ist viel bequemer, unseren „Kram“ in Karlsruhe abzuladen, als selbst unsere Pflicht zu tun. — Es spricht gegen uns. Wir sollten aufhören, von Politikverdrossenheit zu reden, wenn Politiker nicht fähig sind, die notwendigen Voraussetzungen zum Handeln zu schaffen.

Eine neue Chance für das frühere Jugoslawien

Ich denke, wir erleben in diesen Stunden — ich meine es ganz wörtlich — die Möglichkeit einer neuen Chance. So wie es heute morgen aussieht, wird das, was mit dem NATO-Ultimatum beabsichtigt war, jetzt wohl Wirklichkeit, jedenfalls im Raume Sarajewo. Ich selbst habe in den letzten Tagen und — ich muß auch sagen — Nächten wirklich daran mitgearbeitet, daß dieses entsetzliche Blutvergießen,

dieses schreckliche Morden ein Ende hat, erst an diesem Ort und dann an anderen. Ich will ausdrücklich sagen, daß ich es begrüße, daß mit Boris Jelzin und der russischen Regierung jetzt eine weitere wichtige Kraft hier Verantwortung übernommen hat. Ich habe versucht, viel dafür zu tun, daß dies möglich ist. Ich würde es auch begrüßen, wenn wir, die dazu aufgerufen sind, in den nächsten Wochen — wir haben nicht viel Zeit — alle Kraft investieren, um zu einem Gesamtplan zu kommen.

Unseren Beitrag leisten

Es gibt ja vernünftige Ansatzpunkte, um das ganze Elend im früheren Jugoslawien jetzt zu beseitigen und nach sorgfältiger Vorbereitung auch zu einer ganz hochrangigen internationalen Konferenz zu kommen.

Wir müssen alles tun, um im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag dazu zu leisten. Aber sehen Sie, an diesem Beispiel zeigt sich eben — das ist nicht oft wiederholbar —, daß wir als Deutsche uns nicht in die Nische stellen dürfen, wenn die Unwetter der Geschichte heruntergehen. Das nimmt man uns nicht ab.

Man kann nicht eines der stärksten Länder in Europa sein, man kann nicht eine wichtige Rolle in der Welt wahrnehmen wollen, aber nach dem Motto von Rot-Grün in Deutschland sagen: Wenn es uns erforderlich erscheint, spielen wir mit, wenn nicht, gehen wir vom Spielfeld und warten in der Dusche, bis alles vorbei ist.

Das ist keine Politik. Das ist ein Elend für unser Land. Wir müssen auch deswegen die Wahl gewinnen, damit dieses Elend nicht weiter praktiziert wird.

Liebe Freunde, zu einer solchen Politik gehört das klare und uneingeschränkte Ja zur Bundeswehr.

Es gibt wenige Dinge, die mir in den letzten Wochen so schwergefallen sind, wie die Zustimmung zu den notwendigen Sparmaßnahmen im Bereich der Bundeswehr und im Bereich der Forschung und Technik. Das kann kein Dauerzustand sein. Wir müssen beim Umschichten auch in andere Bereiche hineingehen. Aber neben dem Geld geht es vor allem wiederum um die Frage des Denkens, des Fühlens. Ist dies die Armee unserer Kinder, unserer Söhne, oder nicht? Erlauben wir, daß im Land, und in der Gesellschaft eine Stimmung erzeugt wird, nach der Soldaten für ihren Dienst geschmäht werden oder nach der — freundlicher ausgedrückt — diejenigen, die dienen, gemessen an denen, die nicht dienen, als die Dummen gelten? Das ist inakzeptabel.

Priorität Wehrpflicht

Liebe Freunde, bei allem Respekt vor den jungen Leuten — ich habe großen Respekt vor jungen Leuten —, die ihren Ersatzdienst leisten, in Krankenhäusern, in Bethel oder anderswo: Die Priorität liegt bei der Wehrpflicht. Das ist wichtig für die Zukunft.

Ich sage ebenso klar: Ich bin und bleibe ein überzeugter Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht. Wer daran etwas ändert, ändert etwas an der Grundstruktur unseres Landes. Das kann man nicht oft genug sagen, auch wenn es unbequem ist.

Die Erfahrungen in Jugoslawien lehren uns ein Weiteres. Ich denke, dies ist ganz wichtig. — Ich sage das auch an meine eigene Adresse —: Wir müssen unsere Argumentation im Kampf um die

politische Einheit Europas wieder mehr auf das wirklich Entscheidende konzentrieren. Wir wollen die Politische Union des Maastricht-Vertrages. Wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion unter den klaren Bedingungen einer stabilen Ökonomie, vor allem einer stabilen Währung, an der nicht gerüttelt werden darf.

Für Frieden und Freiheit

Aber, liebe Freunde, das alles war umsonst, wenn wir in Europa nicht Frieden und Freiheit erhalten können. Die Frage, die sich uns nach den Erfahrungen der letzten Monate und Jahre jetzt stellt, ist doch: Ist die Einigung Europas nicht vor allem die Frage nach Krieg und Frieden?

In sechs Jahren ist das Jahrhundert zu Ende. Natürlich wiederholt sich Geschichte nicht ganz genau. Aber es gab schon einmal eine Zeit — als Aristide Briand und Gustav Stresemann den Friedensnobelpreis bekamen —, in der in Europa und in Deutschland fast alle glaubten, es werde nie wieder Krieg zwischen Deutschen und Franzosen geben. Acht Jahre später kam Hitler, wieder sechs Jahre später der Zweite Weltkrieg. Geschichte wiederholt sich nicht.

Aber glaubt in diesem Saal jemand ernsthaft, daß die entsetzlichen Beispiele von Rassenhaß, von „ethnischer Säuberung“, von Religionsfeindlichkeit, von Chauvinismus schlimmster Art auf dem Balkan, daß diese bösen Geister nur dort leben und nie auswandern können? Hören wir nicht aus anderen Teilen Europas, von Moskau angefangen, Töne, die uns — wir wollen sie nicht überbewerten — doch zumindest nachdenklich stimmen müssen? Das heißt doch, daß dieses Land, Deutschland, unser Land, geographisch, geopolitisch in der Mitte Europas gele-

gen, das Land mit den meisten Grenzen, auf Gedeih und Verderb mit der europäischen Einigung verbunden ist. Wenn wir sie aufkündigen, gehen wir wieder in die Isolierung und wieder in die Irre. Das ist die Erfahrung der Geschichte.

Dieses Europa bauen

Deshalb wollen wir dieses Europa bauen, wie es immer unsere Vision war, egal was andere aus opportunistischen Gründen jetzt, vor Wahlen dazu sagen. Das ist nicht unsere Politik. Es soll so werden, wie wir es in dem Antrag beschrieben haben, der Ihnen morgen vorgelegt wird:

Die Europäische Union muß freiheitlich, demokratisch, föderal, subsidiär und bundesstaatlich gestaltet werden. Weil Europa die Zukunft der Nation sichert, sichert es auch ihre Identität.

Mit der Erfahrung gemeinschaftlichen Handelns wächst auch die europäische Identität. Sie ist in der Gemeinsamkeit der kulturellen Wurzeln der Völker und in der Schicksalhaftigkeit ihrer Interessen zugrunde gelegt. Heimatliche Verwurzelung, nationale Identität und europäische Gemeinsamkeit ergänzen und bedingen sich.

Das ist unser Europa. Wir bleiben Bürger der Stadt Hamburg. Wir bleiben Menschen aus Schleswig-Holstein oder aus Niedersachsen. Das ist unsere Heimat. Deutschland ist unser Vaterland. Die gemeinsame Zukunft ist Europa. Wenn wir das so verstehen, verstehen es auch die Menschen im Lande.

Sehen Sie, liebe Freunde, deshalb ist auch das Grundsatzprogramm so wichtig. Tagespolitik hat ihre

Bedeutung. Tagespolitik bringt die Schlagzeilen. Aber wenn der Kompaß unserer Gemeinschaft nicht mehr stimmt, verlieren wir die Zukunftsfähigkeit und mit ihr die Zukunftschance.

Alles, was den Aufbau der alten Bundesrepublik geprägt hat, ging auf die Leitideen unserer Union seit 1945/46 zurück. Das alles war auch Voraussetzung für die Einheit und für das freiheitlichste Gemeinwesen, das die Deutschen in ihrer Geschichte je hatten. 48 Jahre haben wir jetzt das Geschenk des Friedens.

48 Jahre: Davon konnten unsere Gründungsväter und -mütter nur träumen. Es ist fast 50 Jahre her, daß hier in Hamburg Wolfgang Borchert „Draußen vor der Tür“ schrieb, ein Stück, das eine ganze Generation tief erschüttert hat. Es ist gerade 51 Jahre her, daß diese Stadt in einem schrecklichen Angriff zerstört wurde, mit vielen Zehntausenden von Toten.

„Eine Schale mit Blumen“

Bei der Vorbereitung auf diese Rede kamen mir zufällig die Memoiren des Botschafters der Vereinigten Staaten, eines Freundes unseres Landes, Vernon Walters, in die Hand. Er schreibt in diesem Buch von einem Deutschlandbesuch im Jahre 1948 mit Averell Harriman, einem anderen großen Amerikaner, der in der europäischen Geschichte eine große Rolle spielte:

Wir besuchten 1948 eine deutsche Familie in den Resten eines ausgebombten Hauses. Sie lebten in dem einzigen noch bewohnbaren Teil des Hauses, nämlich im Keller. Als wir an die Oberfläche zurückkehrten, fragte ich, ob ich jemals im Leben



eine wiederaufgebaute deutsche Stadt kennenlernen würde. Harriman entgegnete: „Das werden Sie, und zwar schon sehr bald.“

Er fragte mich, ob ich gesehen hätte, was die deutsche Familie in ihrem Keller auf dem Tisch liegen gehabt hatte: „Eine Schale mit Blumen“, erwiderte ich. Da sagte Harriman in sehr feierlichem Ton: „Menschen, die inmitten eines solchen Meeres der Zerstörung Blumen pflücken und auf den Tisch stellen können, sind auch in der Lage, alles andere wieder aufzubauen.“

Liebe Freunde, das war die Generation unserer Eltern, unserer Großeltern. Ich finde, bei der zweiten großen Herausfor-

derung der Deutschen nach dem ersten großen Anlauf der 50er Jahre sind Blumen ein gutes Symbol. Sorgen wir dafür, daß die Blumen auf dem Tisch stehen: als Symbol eines friedlichen, eines freien Deutschland, eines weltoffenen, eines gastfreundlichen Deutschland, eines Deutschland, in dem Haß gegen Deutsche oder Ausländer nie eine Heimat haben kann. Dann wird dieses Deutschland das sein, was wir uns wünschen: unser schönes Vaterland. Dafür lohnt es sich zu arbeiten.

*Lang anhaltender
und nicht enden wollender
lebhafter Beifall.
Die Delegierten erheben sich.*

Generalsekretär Peter Hintze:

Wenn wir gemeinsam unsere Überzeugungen vertreten, werden wir gewinnen

Wir stehen in einem Wahljahr, das zu Recht ein Superwahljahr genannt wird: Wir haben mehr Wahlen zu bestreiten als je zuvor, und von den zweiten gesamtdeutschen Wahlen hängt die Zukunft Deutschlands ganz entscheidend ab.

Für mich gibt es keinen Zweifel: Deutschland befindet sich in einer Phase des Umbruchs und des Wandels. Die politische Gretchenfrage lautet: Wer kann diesen Wandel am besten gestalten? Ich sage Ihnen, wie meine Antwort und die Antwort der CDU auf diese wahlentscheidende Frage lautet: Wir, die Christlichen Demokraten, sind es, die Deutschland in eine sichere Zukunft führen. Wir haben die besseren Konzepte, wir haben die besseren Perspektiven, und, liebe Freunde, wir haben den besseren Spitzenkandidaten.

Lieber Helmut Kohl, wenn noch irgend ein Zweifel beim verehrten politischen Gegner oder bei einem Teil der uns kritisch begleitenden Medien da war, spätestens seit gestern weiß es die ganze deutsche Öffentlichkeit: In Sachen Wahlkampf stehen wir alle geschlossen wie ein Mann und eine Frau hinter Ihnen, lieber Herr Bundeskanzler!

Natürlich, wir haben Gegenwind, und auch das müssen wir bei der Wahlstrategie bedenken: Eine begeisterte Stimmung

im Saal ist noch nicht das Stimmresultat am Tag der Wahl selbst. Es gibt nicht wenige, die an unserer Politik zweifeln. Die Wahlergebnisse in Hamburg oder bei den letzten Kommunalwahlen in Brandenburg und die aktuellen Umfragezahlen müssen uns warnen. Sie signalisieren ein Stück Unzufriedenheit, Unzufriedenheit mit den Veränderungen, die wir den Bürgern abfordern.

Aber, liebe Freunde, wir gewinnen auch Sympathie. Ich spüre, daß die Zustimmung zu unserer Politik wächst. Viele Menschen — auch und gerade in den

Bericht des Generalsekretärs der CDU, Peter Hintze

neuen Bundesländern — erkennen an, was wir geleistet haben. Immer mehr Menschen erkennen, daß sich mutige Politik gerade auch in unpopulären Entscheidungen erweist.

Deshalb haben wir alle Aussichten, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler auch wieder für uns zu gewinnen. Wir müssen unsere Chancen aber auch ergreifen und dürfen dabei weder den Fehler der Selbstüberschätzung noch den der Resignation begehen. Vor allen Dingen aber brauchen wir Geschlossenheit; denn



nur wenn wir gemeinsam stark sind, werden wir siegen!

Ich sage es unverhohlen: Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber ich wage manchmal kaum den Nachrichtenteil einer Zeitung aufzuschlagen — besonders kritisch ist das am Wochenende — oder ins Fernsehen zu schauen, oft genug sind die Nachrichten voll von Kuriositäten, was die Vorschläge so mancher Politiker — leider auch aus den eigenen Reihen — angeht.

An einem Tag wird eine Fahrradsteuer gefordert, am anderen Tag eine Pizzasteuer, dann wird die Rente in Frage gestellt, dann gibt es eine Sondersteuer für Kinderlose, mit der wir zwei Tage vor dem Parteitag konfrontiert werden, Mallorca wird als 17. Bundesland aufgenommen, und was da noch alles kommt.

Liebe Freunde, dieses Hickhack schürt Politikverdrossenheit und schadet unserer Partei! Daran sollte jeder denken, der sich in unserem Namen äußert.

Was erwarten denn die Menschen von uns? Nicht, daß wir strittige Themen nicht diskutieren, aber daß wir die Reihenfolge einhalten: erst gründlich nachdenken, dann miteinander über die Fragen sprechen und dann das Gefundene öffentlich gemeinsam vertreten. Wenn wir so antreten, dann, so glaube ich, wird es auch gut werden.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort zu den Medien sagen, die ja unseren Parteitag und unsere politische Arbeit gründlich und kritisch verfolgen. Das Jahr 1994, in dem wir stehen, wird auch

ein Jahr der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens sein; denn ihnen kommt gerade in einem Wahljahr besondere Bedeutung zu. Angesichts des beachtlich großen Teils von Bürgern, die von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen wollen, und angesichts der extremistischen Parteien, die sich zur Wahl stellen, wird die Art und Weise der Vermittlung von Politik für das politische Klima von größter Bedeutung sein.

Ich appelliere deshalb an alle Journalistinnen und Journalisten: Tragen Sie dazu bei, daß sich die politische Auseinandersetzung und öffentliche Meinungsbildung in einer sachlichen und unpolemischen Weise vollziehen kann. Das sind Sie unserer Demokratie und Ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl schuldig.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch einen kritischen Punkt ansprechen — zum Thema Fairneß der Medien. Es gehört für mich zu den übelsten Methoden des Journalismus, wenn bestimmte Magazine primitive Parolen erfinden, Mitarbeiter und Kollegen ausspionieren, daraus unverschämte Fortsetzungsromane stricken und sich zum Stichwortgeber für die Opposition aufspielen. Meine Freunde, wenn die Medien meinen, sie könnten damit den Parteivorsitzenden oder den Generalsekretär aushebeln, dann irren sie sich. Wir werden uns nicht beeindrucken lassen. Wir werden mit aller Entschlossenheit und Entschiedenheit uns dagegen zur Wehr setzen, daß unsere CDU durch solche Methoden in den Schmutz gezogen wird.

Ein Versuch der Kampfkraftschwächung ist ja, daß uns und der Öffentlichkeit aufgeschwatzt werden soll, wir seien politikmüde. Liebe Freunde, wir sind weder

politikmüde noch lustlos in Sachen Wahlkampf. Im Gegenteil! Wir sind diejenigen, die Politik in Deutschland gestalten und Perspektiven aufweisen, wir sind diejenigen, die in den drängenden Fragen unserer Zeit vom Asylrecht bis zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hier Antwort geben. Das lassen wir uns nicht kaputt schreiben und auch von niemandem kaputtreden.

Die Probleme von heute lassen sich nicht auf morgen verschieben. Die Menschen in Deutschland haben ein ganz großes Gefühl für den Veränderungsbedarf, und sie verbinden dieses Gefühl für den Veränderungsbedarf auch mit einem ganz starken Wunsch nach Sicherheit. Diese Konstellation ist unsere große Chance; denn dafür stehen wir mit unserer Politik, die notwendigen Veränderungen einzuleiten und durchzustehen, ohne die sichere Grundlage aus Werten, Grundüberzeugungen, aus den Grundprinzipien unserer Gesellschaft in Frage zu stellen — Prinzipien, die sich bewährt haben und die gleichzeitig zukunfts offen und praxisnah sind.

Ein gutes Fundament

Mit unserem neuen Grundsatzprogramm geben wir Antwort auf die drängenden Fragen. Im Vorfeld ist ja diskutiert worden, ob man in einem Wahljahr ein Grundsatzprogramm braucht. Ich muß Ihnen sagen, liebe Freunde, jeder, der dieses Programm gelesen hat, wird die Antwort wissen:

Dieses Programm gibt in den wichtigen Politikfeldern Auskunft über unser politisches Handeln in der Regierungsverantwortung in den nächsten Jahren, und die Bürger haben einen Anspruch darauf, dies auch von uns zu hören. Deswegen

ist das Grundsatzprogramm ein gutes Fundament für dieses Wahljahr mit den 18 Wahlgängen im vereinten Deutschland.

Lassen Sie mich kurz die wichtigsten Fragen ansprechen; denn die Menschen fragen uns ja: Welches Bild von der Zukunft habt Ihr? Wir werden am Wahltag nicht dafür prämiert, was wir in der Vergangenheit geschaffen haben, sondern am Wahltag gibt es eine Entscheidung, wem die Bürgerinnen und Bürger die Zukunft anvertrauen. Hier geben wir auf diesem Parteitag Rechenschaft über unsere Vorstellungen von der Zukunft.

1. Unsere Antwort auf die zunehmende Zersplitterung unserer Gesellschaft lautet: Wir als CDU wollen die Familien weiter stärken. Wir werden den Familienlastenausgleich zu einem echten Familienleistungsausgleich weiterentwickeln. Unser Motto lautet: Wer Kinder erzieht, der soll auch weniger Steuern zahlen.

2. Unsere Antwort auf vier Millionen Arbeitslose lautet: Wir nehmen das Schicksal jedes einzelnen ernst, der unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten ist, und wir wissen, wie bedrückend es für einen Menschen ist, unabhängig von seiner materiellen Situation, wenn er arbeitslos ist. Aber es gibt hier nur eine erfolgreiche Therapie, und dafür stehen wir, und das müssen wir in der politischen Auseinandersetzung deutlich machen. Die Therapie heißt: die Wirtschaft stärken, so wie wir es gestern diskutiert haben. Nur eine starke Wirtschaft sichert Arbeitsplätze, und denen, die jetzt immer über Verteilung sprechen, sagen wir: Verteilt werden kann nur das, was zuvor auch erwirtschaftet wurde. Und dafür müssen die Grundlagen neu geschaffen werden.

Und wir werden, liebe Freunde, die Soziale Marktwirtschaft zur Ökologi-

schon und Sozialen Marktwirtschaft ausbauen und damit neue zukunftsträchtige Arbeitsplätze sichern.

3. Unsere Antwort auf die demographische Entwicklung und die neuen sozialpolitischen Aufgaben lautete: Wir werden den Sozialstaat umbauen. Wir müssen heute umschichten, damit auch morgen soziale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich möglich sind.

4. Unsere Antwort auf die steigende Bedrohung durch Gewalt und Kriminalität lautet: Wir werden unseren Staat auf seine wesentlichen Kernbereiche konzentrieren. Hierzu gehört für mich vor allem die Stärkung der Inneren Sicherheit. Wir, die CDU, stehen ein für das Recht des Bürgers auf Sicherheit.

Gestatten Sie mir ein Wort zu unserem verehrten Koalitionspartner, den Freien Demokraten, zum Stichwort „Elektronische Beweissicherung“. Für einen Liberalismus, der Schwerverbrechern fahndungsfreie Räume überläßt, hat in Deutschland niemand Verständnis. Ich bin sicher, auch kein Wähler der FDP.

Und weil das im Vorfeld vielleicht mißverstanden worden ist: Wir bauen auf die Fortsetzung dieser Koalition. Aber der Wahlkampf, den wir planen, ist kein Koalitionswahlkampf, sondern ein Unionswahlkampf. Wir werden den Wählerinnen und Wählern im Wahlkampf klipp und klar sagen, welches unsere Position ist, wie unser Profil ist und wofür sie sich entscheiden, wenn sie CDU oder CSU wählen. Und so muß es auch sein.

5. Unsere Antwort auf Krieg und Zerstörung in Europa lautet: Wir werden Europa stark machen. Wir werden eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik schaffen. Wir wollen nicht überlegen, wie man das alles wieder rückgängig machen kann, sondern wir wollen überle-

gen, wie wir es so zukunftsfest machen, daß wir angesichts von Mord, Vergewaltigung und tausendfachem Leid in Europa nie wieder mit gebundenen Händen dastehen.

6. Unsere Antwort auf die globalen ökologischen Probleme, die Abholzung der Regenwälder und die Aufheizung des Klimas lautet: Unser Wirtschaften muß den Erfordernissen der Natur in neuer Weise Rechnung tragen. Der Bundeskanzler hat in Rio einen wichtigen Grundstein zu einer globalen Umweltstrategie gelegt, bei der wir an die Schöpfung insgesamt denken und durch die die Armen der Welt eine Chance zur Entwicklung aus eigener Kraft bekommen. Gottes Schöpfung zu bewahren, ist und bleibt unsere Aufgabe. Auch dafür stehen wir mit dem „C“ in unserem Parteinamen, und dazu stehen wir.

Wenn wir das erreichen wollen, was wir uns politisch vornehmen, wenn wir den Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert gerecht werden wollen, dann brauchen wir ein Umdenken auf allen Ebenen — auch dort, wo es unbequem ist, wo es etwas abfordert, wo es uns etwas abfordert. Wir brauchen ein Umdenken in Staat und Gesellschaft, wir brauchen ein Umdenken in Wirtschaft und Politik, und wir brauchen eine Entscheidung für das, was im neuen Programm die „freie und verantwortliche Gesellschaft“ genannt wird:

- für die Solidarität und gegen den Egoismus in unserem Land;
- für die Erneuerung von Werten und Tugenden und gegen einen überzogenen Individualismus auf Kosten anderer;
- für die Festigung der Demokratie und gegen jedweden Extremismus von links oder von rechts.

Kleinmut und Kleingeist, Nörgelei und Pessimismus sind schlechte Ratgeber. Wer eine gerechtere, wer eine humanere Gesellschaft will, der sollte sich gerade in unserer Zeit von den Werten christlich-demokratischer Politik leiten lassen. Das christliche Verständnis vom Menschen lehrt uns, das Positive zu sehen, nicht nur Zuschauer zu sein, sondern unsere Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu übernehmen.

Eine neue Initiative

Wir müssen das auch ein Stück weit von den Bürgern einfordern. Liebe Freunde, ich finde es richtig, daß wir uns mit uns kritisch auseinandersetzen. Ich werde das gleich tun. Aber wir müssen auch umgekehrt den Menschen in unserem Lande sagen, daß wir ihre Mithilfe und ihre Mitwirkung brauchen, weil in einer Gesellschaft, in der der Staat alles allein machen soll und die Bürger nur Zuschauer sind, nichts mehr richtig gehen kann. Wir brauchen eine neue Initiative für mehr Gemeinsinn und mehr Engagement von allen Bürgern unseres Landes.

Liebe Freunde, Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden, und die Erneuerung unserer Gesellschaft in unserem vereinten Land wird uns auch nicht an einem Tag gelingen. Aber Resignation ist wirklich nicht angesagt. Wir haben gestern Rainer Eppelmann gehört. Mich hat sehr beeindruckt, wie er zu uns gesprochen hat. Schauen wir auf die neuen Länder: So viele Straßen wurden gebaut, so viele Häuser renoviert, so viele Firmen gegründet, so viele Gewässer gereinigt und so viele neue Arbeitsplätze geschaffen, deshalb dürfen wir uns die Erfolge der inneren Einheit nicht zerreden lassen — und schon gar nicht von denjenigen, die gegen die Einigung unseres Landes gearbeitet haben.

Im Gegenteil: Jeder, der sich das Geleistete mit offenen Augen anschaut, der wird bestätigen können: In vier Jahren der Freiheit ist in den neuen Bundesländern mehr geschaffen worden als in 40 Jahren Sozialismus.

Der Wandel in Deutschland erfordert schließlich auch eine Erneuerung von Politik und Parteien. Wenn sich die Gesellschaft ändern soll, dann müssen Politik und Staat ein Vorbild geben. Denn wir können nichts von den Bürgern einfordern, was wir selbst bei uns nicht leisten. Dieses Vorbild ist unsere Pflicht, und darauf hat der Bürger auch ein Recht.

Ich sage Ihnen, was sich daraus für unsere CDU ergibt. Auch wir brauchen als Partei eine Erneuerung, weg von der zum Teil auch lieb gewordenen Ritualisierung und Verkrustung. Wir brauchen eine stärkere Öffnung hin zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Nach Abschluß unserer Grundsatzdiskussion, die die inhaltliche Frage betrifft, wird unsere Parteiarbeit ganz im Zeichen einer umfassenden Parteireform stehen. Ich werde mich gemeinsam mit Helmut Kohl um ihre Durchsetzung kümmern und darüber auf den nächsten Parteitag berichten.

Lebendige Parteiarbeit

Es ist auch gut, daß soeben eine Diskussion aufflackerte, die viele Gefühle freisetzte: Wie können wir sicherstellen, daß bei uns mehr Frauen in Ämtern und Mandaten politische Verantwortung übernehmen, wie können wir sicherstellen, daß immer wieder auch neue Generationen den Weg in unsere Partei finden, wie können wir sicherstellen, daß die Parteiarbeit vor Ort lebendiger wird, damit

unsere Kandidaten überall in Urwahlen durch die Mitglieder gewählt werden können, damit unsere Partei nach außen und nach innen hin attraktiver wird. Dafür brauchen wir die Parteireformen.

**Wandel in der Politik bedeutet schließlich auch eine Verschlan-
kung, eine Verkleinerung der Par-
lamente, eine Verkleinerung der
Verwaltungen und der Apparate.**

Der Vorschlag von Wolfgang Schäuble, den Deutschen Bundestag wieder auf die ursprüngliche Größe zurückzuführen, um das Parlament handlungsfähiger zu machen, ist natürlich — wie das immer ist, wenn es an Besitzstände geht — auch auf kritische Diskussion gestoßen. Das ist ja auch nicht schlecht. Aber ich bin der Meinung, wenn wir in der Politik kein Vorbild setzen, dann können wir auch von den Bürgern nicht Entsprechendes einfordern. Erst wenn wir im eigenen Haus ernst machen, werden die Menschen im Land bereit sein, den Wandel mitzuvollziehen.

Dieser Wandel in Deutschland — da darf es keinen Zweifel geben — muß eine wertorientierte Erneuerung unserer Gesellschaft sein. Begriffe wie Pflichterfüllung und Gemeinsinn sind lange verhöhnt worden. Heute wissen wir, wie wichtig diese Tugenden für unser friedliches Zusammenleben sind. Andere mögen abfällig über unsere Sekundärtugenden reden, für uns waren und sind sie die Grundlagen einer freien und verantwortlichen Gesellschaft. Dazu stehen wir.

Wir in der CDU haben den Mut, von Pflichten und Tugenden zu sprechen. Gemeinsinn, Verantwortung und Engagement des Einzelnen wollen wir fördern. Das Mitbedenken des größeren Ganzen, ein stärkeres Wir-Gefühl und das Engagement des Bürgers für die

staatlich verfaßte Gemeinschaft müssen dringend wiederbelebt werden. Damit üben wir natürlich auch ein Stück Gesellschaftskritik. Denn wir wollen eine Erneuerung in Deutschland. Für diese konservative Erneuerung der Gesellschaft in Deutschland treten wir ein. Und es ist an der hohen Zeit.

Die Bürgerinnen und Bürger — das ist die wahlentscheidende Frage — werden nicht aufhören zu fragen, welche der Parteien den Wandel in Freiheit gerecht und sozial gestaltet. Lassen wir uns nicht von einigen Meinungsmachern täuschen: Bei allem, was Politikverdrossenheit genannt wird, besteht nach wie vor eine sehr sehr große Erwartungshaltung uns gegenüber. Die Bürger erwarten gerade von uns Christlichen Demokraten eine wertbe gründete Politik, die über den Tag hinausweist, eine Politik, die sich für die Chancen unserer Kinder und Kindeskin der stark macht. Ich sage Ihnen: Wir werden diese Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger nicht enttäuschen.

Nun gibt es manche Stimmen, die sagen, die Sozialdemokraten hätten die Kraft, den Wandel in Deutschland zu gestalten. Ich habe da meine Zweifel. Anspruch und Wirklichkeit liegen bei der SPD meilenweit auseinander.

Es gibt z. B. einen Kanzlerkandidaten — im Moment übrigens der fünfte in Folge —, der behauptet, er wolle die Politik verschlanken, und wenn man ihn bloß an die Regierung ließe, die Zahl der Minister und Staatssekretäre reduzieren. Das ist ohne Frage ein interessanter Vorschlag, denn auch das muß Teil einer umfassenden Reform von Staat und Politik sein.

Aber ich frage Sie: Kann man einem Kanzlerkandidaten trauen, der das dem deutschen Volk verspricht, und in seinem

Bundesland, wo er die Regelungskompe tenz hat, das genaue Gegenteil tut? Noch nie war die Zahl der Minister und Staats sekretär in Rheinland-Pfalz so groß wie unter seiner Regierung. Da sage ich: Anspruch und Wirklichkeit, Herr Schar ping!

Da gibt es einen finanzpolitischen Fachmann aus dem Saarland; der möchte gerne Wirtschafts- und Finanzminister werden, am besten beides zugleich. Er erzählt im Land, daß er die Staatsquote senken, die Subventionen abbauen und die Wirtschaft stärken möchte; gute Vor schläge! Aber ich frage Sie: Kann man einem solchen Politiker trauen, wenn er in dem Bundesland, in dem er die Verant wortung hat, das genaue Gegenteil tut? Einem Mann, der in Sachen Arbeitsplätze, Wirtschaftsentwicklung und Staatshaushalt die rote Laterne in der Hand hält! Anspruch und Wirklichkeit, Herr Lafontaine!

Eine wichtige Korrektur

Und da gibt es einen SPD-Ministerpräsi denten, der landauf, landab verkündet, daß er sich für moderne Technologien und die Schaffung von zukunftsträchti gen Arbeitsplätzen einsetzt. Auch das ist eine wichtige Maßnahme zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Aber ich frage Sie wiederum: Kann man einem Politiker trauen, der — wie Herr Schröder — im Bundesrat vom Standort sicherungsgesetz bis zur Gentechnikno velle gegen alles stimmt, was Arbeitsplätze sichert und neue schafft? Auch hier sage ich: Anspruch und Wirklichkeit, Herr Schröder!

Nun gibt es hier die schnellste Korrekturenmöglichkeit: Die Wählerinnen und Wähler in Niedersachsen haben zum Glück Gelegenheit, am

13. März eine ganz wichtige Korrektur in Sachen Zukunftssicherung und Arbeitsplätze vorzunehmen. Ich möchte ihnen aus Hamburg zurufen: Wählen Sie eine starke CDU und Christian Wulff zum neuen Ministerpräsidenten in Niedersachsen!

Interessanterweise scheut die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ganz bewußt die inhaltliche Auseinandersetzung mit uns. Achten Sie einmal darauf! Es wird den Menschen vieles versprochen; es werden viele schöne Packungen auf den Tisch gestellt, aber wenn man sie aufmacht, so sind sie leer. Die inhaltliche Auseinandersetzung mit unserer Politik, was ja eigentlich die Aufgabe der Opposition wäre, fällt weitgehend aus. Wir haben — das kann man zwischendurch einmal feststellen — in diesem Sinne eine wirklich miserable Opposition. Jede Regierung hat auch Anspruch auf eine anständige Opposition. Wir hoffen, daß die SPD einmal dahin zurückfindet.

Das einzige, was die SPD seit Monaten tut, ist eine Blockadepolitik auf allen Ebenen. Wo es um Sachfragen geht, blockiert die SPD im Bundesrat die Verabschiedung wichtigster Gesetze. Damit — das sage ich mit Bedacht — tut sie der Demokratie keinen guten Dienst. Im Gegenteil, sie schadet der Demokratie und nährt das Unbehagen an ihren Institutionen. Ich sage Ihnen: Wer Politikblockade betreibt wie die SPD, der darf sich über Politikverdrossenheit bei den Bürgern nicht wundern.

Ich muß leider noch einen Moment bei den Sozialdemokraten bleiben. Eine Partei, die sich immer noch — bis auf den heutigen Tag — der Tradition des demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlt, eine Partei, die sich wie die SPD in ihrem Grundsatzprogramm nach wie vor zu

einem solchen Ziel bekennt, eine solche Partei hat die Lehren der Geschichte nicht begriffen, und eine solche Partei kann und darf die Zukunft Deutschlands nicht in den Händen halten.

Bevor die SPD zur Wahl antritt, sollte sie sich vielleicht erst einmal Klarheit über ihre Vergangenheit verschaffen. Wir haben keine Parteitradition, die in die Absurdität des Sozialismus verweist. Ich frage Sie: Wo steht denn eine SPD, die nicht willens und nicht in der Lage ist, ihre eigene Vergangenheit aufzuarbeiten, die sich vehement weigert, über ihre Verstrickungen mit der SED Auskunft zu geben?

Ein klarer und unumstößlicher Antikommunismus hat in der SPD — jedenfalls in den letzten Jahrzehnten — beharrlich gefehlt, während er für uns Christlichen Demokraten eine Selbstverständlichkeit war. Freiheit statt Sozialismus: Das war immer unsere Antwort auf die Diktatur des Sozialismus à la Honecker & Co.

Wo war die SPD?

Im Unterschied zur SPD waren wir, die CDU Deutschlands, es, die in der Geschichte unseres Landes alle entscheidenden Weichenstellungen durchgesetzt haben. Ich frage Sie: Wo waren denn die Sozialdemokraten, als es um die Integration Deutschlands in die NATO oder um die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses ging? Wie viele Jahre hat denn die SPD gebraucht, um sich zur Sozialen Marktwirtschaft durchzuringen? Wo waren die Sozialdemokraten Rau, Lafontaine, Scharping und wie sie alle heißen, als es darum ging, an der Einheit Deutschlands festzuhalten? Damit dürfte eines klar sein — dies sei allen Anhän-

gern sozialdemokratischer Positionen, aber auch allen Anhängern einer Großen Koalition gesagt —: Der Wandel in Deutschland kann nicht einer Partei überlassen werden, die in der Vergangenheit in einer derartigen Weise versagt hat.

Wir Christlichen Demokraten können selbstbewußt in die kommenden Wahlen gehen. Ich will Ihnen auch sagen, was uns stark macht und was uns die Kraft für die Gestaltung des Wandels in Deutschland gibt.

Erstens. Wir sind die Partei, deren langfristige Ziele und Strategien sich von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl als richtig und sicher für die Zukunft Deutschlands erwiesen haben. Wir waren es, die für die Soziale Marktwirtschaft gekämpft und sie durchgesetzt haben. Wir waren es, die für die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft gestritten haben. Wir sind es, die die Einheit Deutschlands auch in schwierigen Zeiten getragen und gestaltet haben. Und wir sind es, die für die Einigung Europas und für die Gestaltung der inneren Einheit in Deutschland eintreten.

Zweitens. Die geistige Quelle, aus der wir Kraft schöpfen, ist unser gemeinsames Bekenntnis zu den Werten und Zielen christlich-demokratischer Politik. Es ist ein Bekenntnis zum Menschen als Geschöpf Gottes, ausgestattet mit einer Würde, die unantastbar ist. Und es ist ein Bekenntnis zu einer freiheitlichen Parteitradition, die sich den Werten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verpflichtet weiß.

Wir müssen den Menschen klar und deutlich sagen: Die Idee der verantworteten Freiheit gehört zum Kern des christlichen Verständnisses vom Menschen. Aus ihr folgen unsere Vorstellungen von Gesellschaft und Staat, von Familie und

Gerechtigkeit, von Sozialer Marktwirtschaft, Bewahrung der Schöpfung und einer verantwortlichen Außenpolitik. Es sind die Werte und Ideale des christlichen Abendlandes, für die wir uns stark machen. Dafür müssen wir uns nicht verstecken, sondern darauf können wir stolz sein.

Der Wähler muß wissen: Wir garantieren mit Helmut Kohl Kontinuität, Sicherheit und gleichzeitig die Kraft zur Erneuerung. Mit uns wird es keine Status-quo-Politik geben, die sich an überkommene Besitzstände klammert. Mit uns wird es auch keine waghalsigen außenpolitischen Experimente geben, die Frieden und Sicherheit gefährden. Wir werden vielmehr alle Chancen ergreifen, um Deutschlands Zukunft zu sichern.

Wir sind hier nach Hamburg gekommen, um über die Grundsätze, Maßstäbe und Ziele christlich-demokratischer Politik in diesem so wichtigen Wahljahr zu sprechen. Unsere lebendige und erfolgreiche Diskussion macht deutlich, daß wir uns geistig nicht verabschiedet haben. Im Gegenteil: Wir zeigen auf diesem Hamburger Parteitag, daß wir uns kritisch und programmatisch auf weitere Legislaturperioden in der Regierungsverantwortung einstellen.

Nichts veranschaulicht das besser als unsere Programmdiskussion. Drei Jahre haben wir diskutiert, einen intensiven Dialog geführt. 2 500 Anträge sind aus der Mitte der Partei erarbeitet worden. Noch nie gab es in der Geschichte unserer CDU so viele und gut erarbeitete Anträge. Ich danke an dieser Stelle — ich denke, in Ihrer aller Namen — Reinhard Göhner und seiner Kommission für ihre großartige Arbeit.



Der Schiffsmaschinentelegraf ist ein Geschenk des Landesverbands Hamburg an den Bundeskanzler, das der Landesvorsitzende Dirk Fischer mit den Worten überreichte: „Für die weitere erfolgreiche Arbeit, verbunden mit dem nach wie vor gültigen Satz des Vereinigungsparteitages: Nur Mut, Deutschland! Viel Erfolg, Europa! Und als Hamburger füge ich noch hinzu: Volle Kraft voraus!“

Nicht die vermeintlich Progressiven von vorgestern, sondern wir sind es, die den Wandel in Deutschland herbeigeführt haben, die den Wandel wollen und die auch den Mut haben, diesen Wandel zu gestalten.

Wir Christliche Demokraten stehen für die deutsche Einheit und die Einigung Europas, für die Soziale Marktwirtschaft und für die Synthese von Ökonomie und Ökologie, für die innere und die äußere Sicherheit, für Freiheit und Verantwortung und für eine neue Ethik des Gemeinnsinns und der Solidarität in unserem

Land. Mit unserem neuen Grundsatzprogramm legen wir das Fundament für die Erneuerung Deutschlands.

Liebe Freunde, im Wahljahr 1994 werden die Weichen für die Zukunft Deutschlands gestellt. Es geht um eine grundlegende Richtungsentscheidung. Ich sage Ihnen hier zum Schluß: Wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir stark. Wenn wir gemeinsam unsere Überzeugungen vertreten, dann werden wir gewinnen. Zu uns gibt es keine vernünftige Alternative. — Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Wolfgang Schäuble:

Wir dürfen die Verantwortung für unser Gemeinwesen nicht den Sozialisten überlassen

Der Bericht, den ich für die 317 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dem Parteitag erstatten darf, liebe Freunde, ist vermutlich der letzte in dieser Legislaturperiode, in der ersten Legislaturperiode im wiedervereinten Deutschland. So ist er Gelegenheit zur Bilanz und zum Ausblick. Das ist gut in einer Zeit, in der das Große manchmal kaum noch vom Kleinen unterschieden wird.

Wir haben die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit erreicht. Die „Zeit“ hat kürzlich ein Symposium aus Anlaß des 75. Geburtstages von Helmut Schmidt veranstaltet. Dabei sprach der frühere Bürgermeister von Dohnanyi auch über Helmut Kohl. Weil dieses Urteil nach Anlaß, nach Medium und nach Sprecher nicht im Verdacht der positiven Voreingenommenheit stehen kann, will ich Ihnen dieses Zitat nicht vorenthalten:

Ich wüßte nicht viele, die die Sicht, das Auge, den Mut, die Entscheidungskraft gehabt hätten, im richtigen Augenblick die Frage der deutschen Einheit nicht nur anzusprechen, sondern auch zu machen.

Wo Dohnanyi recht hat, hat er recht.

Liebe Freunde, die Hinterlassenschaft von 40 Jahren Teilung und Sozialismus

ist trostlos. Das ist wahr. Die Schwierigkeiten, sie zu überwinden, sind größer. Sie dauern länger, als wir 1990 vorausgesehen und vorhergesagt haben.

So ist es kein Wunder, daß nach drei Jahren noch mancherlei Mißmut herrscht: angesichts der Veränderungen und Verunsicherungen, angesichts von im Westen so nicht gewohnten Belastungen und angesichts der Wechselbäder im Osten zwischen der Euphorie der ersten Stunde und der Mühsal des Alltags.

Aber wir sind gut vorangekommen — im Osten mit dem Aufbau einer leistungsfä-

Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble

higen Infrastruktur, der Umwandlung einer veralteten Planwirtschaft in dynamische Marktwirtschaft und wettbewerbsfähige Arbeitsplätze, im Westen mit der Bewältigung der wirtschaftlichen und finanziellen Lasten ohne Preisgabe unserer Währungsstabilität. Wir sind insgesamt gut vorangekommen in der Integration der beiden so lange getrennten und dabei so unterschiedlich gewordenen Teile unseres Vaterlandes.

Der Solidarpakt, die Überleitung der Renten, das SED-Unrechtsbereinigungs-



gesetz, die großartige Integrationsleistung der Bundeswehr seien nur als Beispiele für konkrete Schritte, die Folgen der Teilung zu überwinden, genannt. Selbst der Umzug nach Berlin und der faire Ausgleich für Bonn nehmen Gestalt an. Liebe Freunde, in aller Bescheidenheit: Ohne die Führungs- und Integrationsleistung der CDU/CSU wäre der Bundestag bis heute nicht zu einer Entscheidung gekommen.

Der Aufholprozeß im Osten schreitet voran. Nicht nur in der Baubranche, bei Handel und Dienstleistungen, auch in der verarbeitenden Industrie verzeichnen wir inzwischen Produktionszuwächse in zweistelliger Größenordnung. In der ostdeutschen Industrie wurde im vergangenen Jahr pro Beschäftigten mehr als doppelt soviel investiert wie im Westen. Wenn man alle paar Wochen und Monate durch die neuen Länder fährt, kann man diese Fortschritte fast mit Händen greifen. An jeder Ecke werden neue Geschäfte eröffnet, es werden die Häuser renoviert,

Fabrikationshallen entstehen, es wird gebuddelt und gebaggert, daß es den Menschen häufig schon zuviel wird.

Die „Wirtschaftswoche“ schrieb zu Beginn des Jahres, daß die blühenden Landschaften, die Bundeskanzler Helmut Kohl einst versprochen habe, drei Jahre später zwar noch langsam, aber doch unverkennbar Gestalt annehmen. Das ist wahr: Die Landschaften und Regionen blühen auf, die Menschen spüren das, und, liebe Freunde, wir sollten nicht die letzten sein, die davon sprechen.

Die Union, liebe Freunde, hat die Kraft zur Einheit, weil wir ein gemeinsames Wertefundament besitzen. Das haben wir bei der Beratung unseres Grundsatzprogramms gestern wieder eindrucksvoll bestätigt. Mich hat in diesen Wochen schon sehr berührt, daß bei dem Ringen in der Fraktion um die Umsetzung des von uns zum Schutze des ungeborenen Lebens erstrittenen Urteils des Bundesverfassungsgerichts nach jahrelangen Debatten jetzt eine Teilung zwischen Abgeordneten aus dem Osten und Abgeordneten aus dem Westen nicht mehr zu erkennen war.

Alle diese Erfolge sollen nicht über die Größe der Aufgaben und Probleme hinwegtäuschen, die noch vor uns liegen. Aber die Erfolge, liebe Freunde, können uns Mut machen. Mut zur Zukunft, Zuversicht, braucht Deutschland mehr als Mißmut, Nörgelei und Larmoyanz, mit denen Rot-Grün sein Süpplein am Kochen halten will.

Die Linke in Deutschland, in Ost und in West, hatte die Einheit längst aufgegeben. Wer wie wir von der Wiedervereinigung sprach, galt als Revanchist. Wiedersehen — statt Wiedervereinigung —, das

fiel ihnen nach dem Fall der Mauer ein. Als es dabei nicht bleiben wollte, sollte die Aufnahme von Übersiedlern beendet werden, so als wollte man mit Paragraphen und Bürokratie das Loch in der Mauer möglichst schnell wieder stopfen.

Dann war es zu schnell, zu überstürzt, als ob man nach 45 Jahren gewaltsamer Teilung gar nicht lange genug vor Herstellung der Einheit hätte prüfen können. So, liebe Freunde, hätten wir die Einheit nie bekommen. Deswegen war sie uns weder zu schnell noch zu teuer.

Wenn die Sozialdemokraten immer noch und in diesem Jahr mehr den Mißmut über manche Veränderungen und Belastungen als Folge von langer Teilung und schneller Einheit im Wahlkampf gegen uns schüren, dann müssen wir dem entgegensetzen, daß das auch der Preis für die Einheit in Frieden und Freiheit ist, an die die Linke nicht mehr geglaubt und die sie zum Teil gar nicht mehr gewollt hatte.

Es ist wahr: Die Veränderungen und Herausforderungen sind größer geworden, als wir in der alten Bundesrepublik nach 40 Jahren wachsenden Wohlstandes gewohnt waren, wo wir Verteilungskonflikte immer aus dem Zuwachs lösen konnten, so daß jeder Besitzstand tabuisiert wurde und wir schon mit der Einführung eines Dienstleistungsabends die Grenzen der Reformfähigkeit fast erreicht zu haben schienen. Aber wahr ist auch, daß viele der strukturellen Probleme, denen unsere Wirtschaft in einem härter gewordenen Wettbewerb ausgesetzt ist, eher mit Bequemlichkeit und Schwerfälligkeit als mit der Wiedervereinigung zu erklären sind. Wahr ist wohl auch, daß wir uns — wie übrigens alle westlichen Demokratien — nach dem Wegfall der Bedrohung aus dem Ost-

West-Konflikt des inneren Zusammenhalts unserer freiheitlichen Ordnung neu vergewissern müssen.

Grundlagen gelegt

Wir haben in diesen Tagen von Hamburg mit dem Programm für Wachstum und Beschäftigung und mit dem neuen Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands Grundlagen für eine gute Zukunft gelegt. Die Bundestagsfraktion wird gemeinsam mit Regierung und Koalition diesen Weg konsequent weitergehen. Wir dürfen dabei Widerstände nicht scheuen, und wir brauchen sie auch nicht zu scheuen. Denn die Menschen haben sehr viel besser begriffen als die Vertreter organisierter Besitzstände, daß wir nur mit mehr Leistungsbereitschaft, mehr Eigenverantwortung und freiwilliger Solidarität im weltweiten Wettbewerb bestehen und Wohlstand und soziale Sicherheit bewahren können und eben nicht mit immer noch mehr Freizeit und Ansprüchen an andere und an die Gemeinschaft.

Deshalb dürfen wir die Verantwortung für unser Gemeinwesen nicht den Sozialisten überlassen, denen bei jedem Problem immer nur der Ruf nach noch mehr Staat und noch mehr Bürokratie einfällt.

Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft, Freiräume für Privatinitiative: Deshalb, liebe Freunde, haben wir die Gesundheitsreform gegen alle Widerstände durchgesetzt, die Bahnreform und die Postreform. Auch im Bundesfernstraßenbau und in vielen Bereichen insbesondere der Kommunalverwaltung brauchen wir privatwirtschaftliche Lösungen, wenn der gewaltige Investitionsbedarf zu Wachstumsdynamik und nicht zu einer lähmend hohen Staatsquote führen soll. Die Staatsquote, die wir in den 80er Jah-

ren durch eine konsequente Politik der Ausgabenbegrenzung und des Wirtschaftswachstums zugleich von über 50 Prozent auf unter 46 Prozent zurückgeführt haben und die jetzt durch die Übernahme der SED-Altlasten wieder auf 51 Prozent hochgeschneit ist — was zu hoch ist, aber was, liebe Freunde, nicht höher ist als am Ende der SPD-Regierungszeit ohne Wiedervereinigung —, muß im Laufe dieses Jahrzehnts wieder auf den vor der Wiedervereinigung erreichten Stand zurückgeführt werden.

Deshalb gibt es zu unserer Sparpolitik keine Alternative. Wir haben bewiesen, daß wir das können: in den 80er Jahren wie bei den noch schwierigeren Haushalten seit 1990.

Entgegen vielen Befürchtungen — auch in der internationalen Fachwelt — ist es gelungen, den Wert unserer D-Mark stabil zu halten. Das ist die wichtigste Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit; denn die Inflation ist der Feind der Schwachen.

Die Zinsen sind so niedrig wie selten, was übrigens beweist, daß die Sozialdemokraten auf dem Holzweg sind, die meinen, mit Verzicht auf die Stabilität könne man die Wirtschaft beleben. Nein, liebe Freunde, für uns bleibt Stabilität die Grundlage für Wachstum und soziale Sicherheit zugleich.

Entscheidender Beitrag

Gleichzeitig haben wir die Unternehmenssteuern gesenkt; immerhin um 11 Prozentpunkte in einem Fünfjahreszeitraum auf den niedersten Stand in der Geschichte der Bundesrepublik.

Helmut Kohl hat einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, daß das GATT-Abkommen endlich doch zustande kam,

indem der Streit zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten beendet wurde. Weil das gut gelungen ist, redet ja kaum noch einer davon. Aber, liebe Freunde, all das trägt dazu bei, daß es wirtschaftlich wieder bergauf geht.

Zukunft nicht verspielen

Die Debatte um die Zukunft des Standorts Deutschland, seine Probleme und seine Anforderungen, die Helmut Kohl initiiert hat, beginnt zu greifen, wie auch manche Entwicklungen bei manchen Tarifverhandlungen und -abschlüssen zeigen. Mehr und mehr Menschen erkennen, daß wir nicht einfach so weitermachen können, wenn wir unsere Zukunft nicht verspielen wollen.

Nur die Sozialdemokraten haben nichts gelernt. Sie kritisieren zwar zu hohe Steuern und zu hohe Neuverschuldung, aber zugleich lehnen sie jeden Sparvorschlag ab. Rechnen kann sich das nicht, aber vielleicht ist das das magische Dreieck sozialdemokratischer Oppositionsdemagogie.

Ihr wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher Lafontaine, der ja zumindest in eigenen Versorgungsangelegenheiten des Rechnens mächtig zu sein scheint

(Heiterkeit und Beifall)

— na ja, das läßt ja immerhin hoffen; Ansätze sind vorhanden, die Gesamtschulen haben noch nicht alles kaputtgemacht —, deutet zwar nebulös an, daß man noch mehr sparen müsse, aber wo, sagt er vor der Wahl ausdrücklich nicht. Ob für ihn auch Ehrlichkeit nur eine entbehrliche Sekundärtugend ist?

Und Scharping, liebe Freunde, hat in einem Interview angekündigt, bei ihm werde jeder auf Granit beißen, der

höhere Steuern fordere, um genau zwei Sätze weiter im selben Interview höhere Abgaben für Besserverdienende zu fordern. Ob er weiß, was Granit ist?

(Heiterkeit und Beifall)

Besserverdienende — das sind ja immer die anderen. Spätestens hier, liebe Freunde, kommt der Neid ins Spiel. Neid heißt: Statt jedem das Seine allen daselbe; oder: Wer mehr leistet, ist selber schuld.

Neid ist gewiß eine mächtige Stimulanz sozialdemagogischer Agitation, aber schon Spinoza sagte: Neid hat eine lähmende Wirkung auf den Menschen, weil er dann seine eigene Situation nicht mehr zu verbessern sucht, sondern immer mehr auf den anderen schießt. Neid treibt die Menschen auseinander, er wirkt spaltend und nicht versöhnend. So ist Neid keine gute Grundlage für einen gemeinsamen Aufbruch, für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze. Und weil die Sozialdemokraten immer nur auseinanderreiben, können sie unser Land nicht zusammenhalten.

Liebe Freunde, wer Arbeitsplätze sucht, muß Arbeitgeber finden. Deshalb brauchen wir mehr Unternehmer und mehr Selbständige. Deshalb setzen wir in unserem Programm für Wachstum und Beschäftigung auf Eigenkapitalhilfe, auf Förderung des Mittelstands, auf Fortzahlung von Arbeitslosengeld bei Gründung selbständiger Existenzen, auf besseren Zugang kleinerer Gesellschaften zum Kapitalmarkt und auf Zinsverbilligung für innovative Investitionen. Nur mit dem Fortschritt von Wissenschaft und Technik können wir unseren Spitzenplatz halten. Ohne Fortschritt von Wissenschaft und Technik werden sich die ökonomi-

schon, die sozialen und die ökologischen Probleme von demnächst 6 Milliarden Menschen auf unserem so wenig teilbar gewordenen Globus friedlich nicht bewältigen lassen.

Fortschritt muß aber auch konkret möglich bleiben. Nirgends auf der Welt dauern Genehmigungsverfahren für öffentliche wie private Investitionen so lange wie bei uns. Und die Kosten dieser hypertrophen Bürokratie verschlechtern die Wettbewerbsposition des Standorts Deutschland.

SPD muß nachgeben

Wir haben erste Schneisen geschlagen mit dem Planungsvereinfachungsgesetz, mit dem Investitionserleichterungs- und Wohnbaurandgesetz. Wir haben diese Schneisen gegen den heftigen Widerstand der SPD im Bundesrat geschlagen. Aber diese Schneise muß breiter werden. Alle Klagen über Verkehrsbelastungen oder Müllberge nützen doch nichts, wenn jede Umgehungsstraße über Jahrzehnte blockiert wird und für moderne, emissionsarme Müllverbrennungsanlagen Standorte nicht mehr durchzusetzen sind.

Wir haben das Gentechnikgesetz novelisiert, damit pharmazeutische, biologische Forschung und Produktion auch in Zukunft in Deutschland betrieben werden kann.

Die SPD muß endlich ihre Blockade einer verantwortbaren Energiepolitik aufgeben.

Ohne die friedliche Nutzung der Kernenergie, liebe Freunde, ist auf absehbare Zeit der Weltenergiebedarf nicht zu decken, wenn wir dramatische Klimaver-schlechterungen ebenso vermeiden wollen wie brutale Verteilungskämpfe zu Lasten der Ärmeren vor allem in der Dritten Welt. Und ohne einen vernünftigen

Energiemix aus Kohle und Kernenergie ist in Deutschland, wo wir ohnedies höhere Strompreise als viele europäische Mitbewerber haben, die teure Ruhrkohle auch übergangsweise nicht mehr zu verkraften. Die Energieblockade der SPD ist Verrat an der Ruhrkohle und am Wirtschaftsstandort Deutschland zugleich.

Herr Scharping brüstet sich damit, daß das längst fertiggestellte Kernkraftwerk Mühlheim-Kärlich, schräg gegenüber seinem Wohnort Lahnstein auf der anderen Rheinseite gelegen, bis heute nicht ans Netz gegangen ist. Seine Landesregierung verweigert die Inbetriebnahme mit der Begründung, es gäbe kein Endlager. Das Endlager aber wiederum wird von seinem Kollegen Schröder in Niedersachsen verhindert. So etwas nennt man Arbeitsteilung unter Genossen. Währenddessen wird Rheinland-Pfalz mit Atomstrom aus Nachbarländern mitversorgt.

Arbeit für alle schaffen

Liebe Freunde, wir müssen aber auch ehrlich sagen: Selbst wenn wir wieder nachhaltig mehr wirtschaftliches Wachstum haben, wird bei der unausweichlichen Rationalisierung der industriellen Bereich die notwendigen Arbeitsplätze für alle alleine nicht bereitstellen können. Deshalb ist der tertiäre Bereich — Handel, Handwerk, Dienstleistungen und auch private Haushalte — so wichtig. Manchmal scheinen mir Heimwerkerbedarfsmärkte mit die größte Wachstumsbranche zu sein. Nichts gegen „do it yourself“, aber wirtschaftlicher Fortschritt, Wachstum entsteht immer aus Arbeitsteilung und Leistungsaustausch. Deshalb müssen wir auch private Haushalte wieder stärker als Arbeitgeber gewinnen.

Wer reguläre, sozialversicherungs- und steuerpflichtige Arbeitsplätze schafft, der

soll dies auch umgekehrt von der Steuer absetzen können.

Ich verstehe die Polemik dagegen überhaupt nicht. Wenn wir Arbeit für alle schaffen, dann geht es doch nicht um Privilegien. Allein bei Einführung der Pflegeversicherung erwartet die Bundesanstalt für Arbeit mindestens 150 000 zusätzliche Arbeitsplätze im privaten Bereich. Also: Packen wir es an!

Übrigens: Mehr Arbeitsplätze, auch im privaten Bereich, mehr Arbeitgeber, das scheint mir die marktwirtschaftliche und richtige Form von Arbeitsteilung zu sein.

Die Linke dagegen kann immer nur den Mangel verwalten. Die Zahl der Arbeitsplätze aber ist nicht eine vorgegebene Größe, die man nur gerecht verteilen muß — nein, die Zahl der Arbeitsplätze ist das Ergebnis des dynamischen Prozesses von Angebot und Nachfrage, und dabei spielen eben Preise und Kosten eine entscheidende Rolle. Wer die Arbeit immer mehr verteuert, indem er sie scheinbar gerecht verteilt, der wird immer weniger zum Verteilen haben, bis am Ende alle nichts haben. Aber vielleicht ist das ja der Traum von Gerechtigkeit, dem man im real existierenden Sozialismus bis zur historischen Wende in Deutschland und in Europa ja schon recht nahegekommen war.

Karl Schiller hat diese Verteilungsmentalität zu Recht, wie ich finde, einen „Fehlschluß biedermeierlicher Hauswirtschaftslehre“ genannt. Er hat gesagt, hier werde das Tor zum „Arbeitsamtssozialismus“ aufgestoßen. Ach, wenn Scharping doch nur auf seine Berater hören würde!

Wir haben, liebe Freunde, nicht einen Mangel an Arbeit, sondern wir haben mangelnde Nachfrage nach regulär bezahlter Arbeit zu dem Preis, den sie kostet, und deshalb nehmen Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft überhand.

Und natürlich muß die Arbeit, die angeboten wird, auch angenommen werden. Es ist doch ein Unfug, daß bei Millionen von Arbeitslosen ganze Branchen — von der Bauwirtschaft über die Gastronomie, vom Handwerk bis zur Landwirtschaft — kaum eine Chance haben, offene Stellen mit heimischen Arbeitskräften zu besetzen. Deshalb müssen wir den Menschen sagen, daß neben allen solidarischen Anstrengungen der Politik, neben aller sozialer Sicherung jeder auch für sich selbst Verantwortung trägt. Dazu muß Arbeit und Leistung auch lohnen.

Kein Sozialabbau

„Soziale Sicherung darf für die Erwerbsfähigen nicht einen Lebensstand garantieren, der nahe an demjenigen der tatsächlich Arbeitenden liegt“, sagte Helmut Schmidt bei dem schon erwähnten Symposium zu seinem Geburtstag. Deshalb, liebe Freunde, fördern wir saisonale Beschäftigung, Gemeinschaftsarbeit für Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, Teilzeitarbeit und zeitlich befristete Arbeitsverhältnisse. Ich sage: Lieber kurzfristig teilzeit- oder saisonal beschäftigt, als dauerhaft arbeitslos zu sein.

Dieser Kampf um Arbeit für alle darf von der Linken nicht als Sozialabbau diffamiert werden.

Liebe Freunde, ich habe von dem gesprochen, was wir in der Politik als Rahmenbedingungen gestalten können. Aber es muß auch immer wieder gesagt werden, wir müssen es sagen, daß in der freiheitlichen Demokratie und in der Sozialen Marktwirtschaft der Staat allein Wohl-

stand, Beschäftigung und soziale Sicherheit nicht garantieren kann. Die Verantwortung aller ist gefragt, der Unternehmer wie der Gewerkschaften, der großen Verbände und jedes einzelnen.

Wer immer nur nach dem Staat ruft, der überfordert nicht nur den freiheitlichen Staat, sondern, schlimmer noch, er täuscht die Menschen über ihren eigenen Anteil an Verantwortung hinweg, über ihre Verantwortung für das eigene Schicksal und für die Gemeinschaft.

Im übrigen: Auch Solidarität darf nicht zur Forderung immer nur an andere und an die Gemeinschaft verkommen. Zuwendung zum Mitmenschen, liebe Freunde, ist eine Grundbedingung menschlicher Existenz. Keiner lebt für sich allein. Nach der Entlarvung der sozialistischen Utopie als menschenfeindlich wird ja mehr und mehr darüber nachgedacht, geredet und geschrieben, ob wir im Westen noch die unerläßliche Balance zwischen Individualismus und Gemeinschaftsbezogenheit ausreichend bewahren. Das Zusammentreffen von steigender Lebenserwartung und gesunkenen Geburtenzahlen hat zu einem dramatischen Alterungsprozeß unserer Bevölkerung geführt, und dieser Prozeß belastet nicht nur unsere sozialen Sicherungssysteme und unsere wirtschaftliche Leistungskraft.

Die Familie stärken

Ich fürchte, daß die Folgen für die innere Vitalität unserer Gesellschaft, für Solidarität zwischen den Generationen, Mitmenschlichkeit zwischen jung und alt, gegenüber Kranken und Schwachen oder auch die Folgen für Zukunftsmut, Innovationsfreude und tolerante Gelassenheit

gegenüber anderen im In- und Ausland noch viel dramatischer sein können als die für das soziale Sicherungssystem.

Deswegen müssen wir die Familie stärken. Weil keiner für sich alleine lebt und leben kann, ist eine intakte Familie unverzichtbare Grundlage freiheitlicher Lebensform.

In Ein-Personen-Haushalten — immerhin 30 Prozent aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland — kann Solidarität zwischen den Generationen nur unvollkommen gelebt werden. Die Aufeinanderfolge der Generationen, auch das Miteinander der Generationen, liebe Freunde, läßt den Menschen die Endlichkeit unserer irdischen Existenz ertragen. Deshalb können alle möglichen anderen Formen menschlichen Zusammenlebens den institutionellen Wert von Ehe und Familie für Freiheit und Humanität nicht ersetzen.

So gewinnt in einer Zeit, in der berufliche Erfüllung für Frauen wie Männer gleich selbstverständliche Lebenserwartung ist, der Familienlastenausgleich — in der Steuer wie in der Rente — eine ganz neue Bedeutung. Dem werden wir uns stellen.

Auch aus diesem Grunde sind übrigens Teilzeitarbeitsplätze so wichtig, und aus diesem Grunde bin ich auch dafür, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz nicht wieder aus dem Gesetz zu streichen.

Wenn ein Teil der Länder und Gemeinden Schwierigkeiten hat, diesen Rechtsanspruch kurzfristig zu erfüllen, dann, finde ich, sollen sie lieber für eine Übergangszeit die Richtlinien lockern, was die Ausstattung von Kindergartenplätzen mit sachlichen und personellen Mitteln anbetrifft.

Aus demselben Grunde, liebe Freunde, muß übrigens die Pflege-

versicherung kommen; denn das Ziel der Pflegeversicherung ist doch vor allem die Stärkung der Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen.

Weil die Gemeinschaft ohne freiwilligen Einsatz nicht lebensfähig sein kann, ist für uns die Arbeit in den Sport- und kulturellen Vereinen, in sozialen und kirchlichen Diensten, in der Freiwilligen Feuerwehr wie beim Technischen Hilfswerk, in Bürgerinitiativen und Nachbarschaftshilfen so wichtig, übrigens auch in den politischen Parteien, ohne die freiheitliche Demokratie nicht möglich ist. Wir alle haben zu dienen, und Dienst an der Gemeinschaft ist nicht altmodisch, sondern lebensnotwendig.

Das Recht durchsetzen

Nur durch freiwilligen Dienst am anderen und an der Gemeinschaft gedeihen menschliche Wärme und Zuwendung, nur so wächst Freiheit. Der Staat allein kann das alles nicht leisten. Er kann nur den Rahmen für Wohlstand und soziale Sicherheit, für Frieden und Freiheit nach innen und außen schaffen. Diesen Rahmen aber muß er auch sichern.

Deshalb darf der Rechtsstaat nicht verkommen. Recht sichert die Freiheit, und der Rechtsstaat schützt den Schwachen. Aber das Recht muß auch durchgesetzt werden. Hier in Hamburg kapituliert der Rechtsstaat seit mehr als einem Jahrzehnt in der Hafensstraße.

Wer wundert sich noch, daß man sich jetzt nicht einmal mehr traut, hier gegen die Androhung von Gewalt ein Fußballspiel durchzuführen. Die Sozialdemokraten haben die Vorstellung, Verbrechen dadurch zu beseitigen, daß man die Straf-

barkeit aufhebt — von der Drogenpolitik bis zur sogenannten Alltagskriminalität — oder die Strafbarkeit nicht mehr durchsetzt, gegebenenfalls unter dem Stichwort „Deeskalation“. So geschehen bei der Asyldebatte im Deutschen Bundestag oder bei neonazistischen Ausschreitungen in Hessen, die die Polizei auf Anweisung des zuständigen Innenministers nicht unterbunden hat. So, liebe Freunde, verkommt der innere Frieden.

Damit er nicht verkommt, müssen wir dem Staat, der Polizei, die für uns den schweren Dienst für inneren Frieden und Sicherheit leistet, die nötigen Mittel an die Hand geben, um mit Gewalt und Kriminalität besser fertig zu werden. Das ist das Ziel unseres Verbrechensbekämpfungsgesetzes, mit dem wir die Strafverfahren beschleunigen und dafür sorgen, daß Gewalttäter auch hinter Schloß und Riegel kommen. Es ist nicht zu ertragen, wenn Steine- und Brandsatzwerfer nach Feststellung der Personalien von der Polizei wieder freigelassen werden müssen, weil Fluchtgefahr nicht besteht — die kommen ja am nächsten Abend wieder —, und die strafrechtliche Aburteilung folgt Monate später. Wenn die Strafe auf dem Fuß folgt, erfüllt sie ihre Aufgabe als Individual- wie Generalprävention.

Ich denke, unsere Polizisten müssen auch wieder stärker auf die Straße und weniger hinter die Schreibtische, und sie brauchen wenigstens Waffengleichheit im Kampf gegen organisiertes Verbrechen. Ich glaube übrigens nicht, daß sich unsere Mitbürger heute von zuviel staatlicher Allmacht und Kontrolle bedroht fühlen. Ich fürchte eher, daß sie mehr Schutz und Sicherheit von staatlicher Autorität erwarten.

Liebe Freunde, wer den Menschen die Gewißheit nimmt, daß der Staat sie auch

schützt, der fördert eben nicht Liberalität, sondern Radikalismus und Gewalt. Bei den Aktenfunden über die Wahlkampfhilfe der SED für die Sozialdemokraten ist auch wieder sichtbar geworden, daß wir schon Mitte der 80er Jahre eine Asylrechtsänderung für notwendig gehalten und gefordert haben. Liebe Freunde, wenn man daran denkt, daß das damals, vor zehn Jahren, und nicht erst zum 1. Juli vergangenen Jahres gelungen wäre und was dann unserem Land an Verunsicherung der Menschen, auch an ausländischerfeindlichen Exzessen erspart geblieben wäre, dann könnte man heulen. Die Verantwortung für das, worüber man heulen kann, trägt die sozialdemokratische Verweigerungsblockade.

Die Schwachen schützen

Im übrigen wird an dieser Erfahrung auch deutlich, daß eben ein Staat, der seine Schutzfunktion wahrnimmt, die unerläßliche Voraussetzung für Liberalität und Toleranz gerade auch gegenüber Schwachen und Minderheiten ist. Wenn wir einen starken Staat haben, dann ist das die beste Voraussetzung, daß die Schwachen in diesem Land auch geschützt werden.

Wir müssen Frieden und Freiheit auch nach außen immer neu sichern. Zum Schrecklichsten nach dem Ende des Ost-West-Konflikts gehört doch, daß Krieg mitten in Europa wieder möglich geworden ist. Das, liebe Freunde, zeigt, daß es zur europäischen Einheit und zur atlantischen Gemeinschaft für uns keine Alternative geben kann. Wir werden Frieden nur sichern, wenn jeder, der zur Durchsetzung seiner politischen, wirtschaftlichen, religiösen Ziele militärische Mittel anwenden will, wieder weiß, daß er auf den entschiedenen und überlegenen Widerstand der zivilisierten Völkerge-

meinschaft stoßen wird, damit er es bleiben läßt.

Das vereinte Deutschland, liebe Freunde, in der Mitte Europas gelegen, von allen Auseinandersetzungen in Europa immer unmittelbar betroffen, muß sich um unseres eigenen Friedens willen an den Bemühungen, Frieden zu sichern, wo nötig, auch wiederherzustellen, mit gleichen Rechten und Pflichten beteiligen, sonst wird der Friede nicht sicher. Die Zeiten jedenfalls, in denen unsere Verbündeten für uns Frieden und Freiheit sicherten und wir notfalls dagegen demonstrierten, sind vorbei.

So schlecht war das nicht gewesen: Amerikaner, Briten, Franzosen haben für uns den Frieden gesichert, und wir haben im Zweifel dagegen demonstriert, im schlimmsten Fall haben wir einmal sogar Karneval ausfallen lassen. Liebe Freunde, ist Ihnen eigentlich einmal aufgefallen, warum in Deutschland nicht mehr für den Frieden demonstriert wird? Offenbar, weil man damit nicht mehr gegen die Amerikaner demonstrieren kann. Einen anderen Grund finde ich nicht.

Die SPD verweigert sich

Diese Arbeitsteilung ist vorbei. Wer den Frieden will, muß seinen Dienst dazu leisten und seinen Anteil an Verantwortung übernehmen.

Nun hat Herr Scharping kürzlich in München gesagt, es gebe keine Unterschiede der SPD zur Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung. Das ist gegenüber der Bundesregierung, gegenüber dem Bundeskanzler zunächst einmal nicht unfreundlich. Aber der amerikanische Senator Cohen, der bei dieser

Tagung dabei war, hat geantwortet, das klinge gut, nur glaube er ihm nicht. Auch ich denke, da ist er wieder, Scharpings Granit.

Liebe Freunde, es hilft nichts, darüber kann auch nicht hinweggetäuscht werden: Solange die SPD die gleichverpflichtende Teilnahme Deutschlands an der Friedenssicherung verweigert und blockieren will, so lange besteht ein fundamentaler Unterschied in der Grundfrage jeder staatlichen Politik, der Frage von Krieg und Frieden. Darüber darf Scharping nicht hinwegtäuschen.

Im übrigen ist Scharpings Strategie leicht zu durchschauen. Sie ist gleichwohl nicht ungefährlich. Er versucht, jede klare Festlegung in der Sache zu vermeiden und damit jede politische Auseinandersetzung um Alternativen zu verweigern, in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so sehr wie in der Außen- und Sicherheitspolitik.

Bei der inneren Sicherheit hat er zwar einen Beschluß für den Einsatz elektronischer Mittel vorgelegt, aber wenn man einmal genauer hinschaut, dann ist dieser Beschluß mit so vielen Kautelen versehen, daß er in der Praxis nichts bewirken kann. Straftäter werden der Justiz kaum den Gefallen tun, ein konspiratives Treffen Wochen im voraus anzukündigen.

Das aber wäre notwendig, damit der Staatsanwalt noch rechtzeitig vorher die Zustimmung einer Parlamentskommission einholen kann, was wiederum die Voraussetzung dafür sein soll, daß der Staatsanwalt dann anschließend bei einem Kollegialgericht einen Überwachungsantrag stellen kann. Dann sollte man einfach eine Meldepflicht für Gangstertreffs vorschreiben. Das wäre dann klarer.

Wenn man den sozialdemokratischen

Papierwust genauer anschaut, stellt man auch an diesem Beispiel wieder fest: Es geht nicht darum, in der Sache eine Alternative oder eine Lösung aufzuzeigen. Nein, es geht um etwas anderes. Es geht darum, ein für die Sozialdemokraten unangenehmes Thema für den Wahlkampf, wie man so schön in der Funktioniärsprache sagt, „abzuräumen“, also unter den Teppich zu kehren.

Die demokratische Auseinandersetzung lebt aber von den Alternativen. Diese bleibt die SPD mit Scharping schuldig. In Bonn ist ihm der Umzug zu früh; dann fährt er nach Berlin und verkündet dort, als Kanzler werde er früher umziehen. Der Mann ist kaum zu fassen.

Wie er sich aus allen Festlegungen herauswindet, wie er jedem Versuch, ihn beim Wort zu nehmen, ent schlüpfen will, das würde einem Entfesselungskünstler alle Ehre machen. Scharpings Granit — mir kommt es eher wie Pudding vor, und nageln sie den mal an die Wand!

(Heiterkeit und anhaltender Beifall)

Liebe Freunde, wir sollten ganz einfach darauf aufmerksam machen: Wer — wie die SPD und Scharping — zu einem klaren Standpunkt nicht fähig ist, taugt nicht zur politischen Führung.

Ich gebe ja zu — das ist in diesen Tagen auch gesagt worden —, daß die SPD ihre Oppositionsaufgabe schlecht erfüllt. Aber als Begründung dafür, sie mit Regierungsverantwortung zu betrauen, reicht das nicht aus.

Gleichzeitig wird unter Mißbrauch der Bundesratsmehrheit blockiert und verzögert, wo immer es nur geht, nicht nur bei der Pflege, obwohl es bei der Pflege besonders skandalös ist. Ich will das doch einmal sagen.

Das Grundgesetz sieht ja aus guten Gründen vor, daß für bestimmte Gesetze die Zustimmung des Bundesrates notwendig ist. Wenn nämlich Interessen der Länder berührt sind, muß die Vertretung der Länder zustimmen. Sonst kommt das Gesetz nicht zustande. Bei anderen Gesetzen ist die Zustimmung des Bundesrates nicht notwendig. Dort kann er Einspruch einlegen. Dieser Einspruch kann von der Mehrheit des Bundesrates zurückgewiesen werden. Das Gesetz kommt dann zustande. Das ist vom Grundgesetz aus guten Gründen der föderalen Ordnung so gewollt, damit dort, wo Länderinteressen betroffen sind, nicht gegen den Widerstand der Länder ein Gesetz zustande kommen kann. Über die Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat wird durch die Wähler entschieden. Die Mehrheit im Bundestag gefällt mir besser als die im Bundesrat, aber wir haben beide zu respektieren.

Pflegegesetz muß kommen

Nun ist es so: Das Pflegegesetz bedarf nach der Ordnung des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates. Das Entgeltfortzahlungsgesetz bedarf nach der Ordnung des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates nicht. Beim Pflegegesetz sind wir in allen Punkten einig. Es gibt keine sachliche Nuance mehr, die eine Verweigerung der Zustimmung der Bundesratsmehrheit zum Pflegegesetz rechtfertigen kann.

Nun sagen die Sozialdemokraten: Wir möchten aber das Entgeltfortzahlungsgesetz verhindern. — Das verstehe ich ja, weil sie eine falsche Auffassung haben. Daß sie dazu aber das Instrument der Verweigerung der Zustimmung zum Pflegegesetz nutzen, ist nun wirklich ein verfassungspolitischer Mißbrauch der Mehrheit im Bundesrat. Diesen Mißbrauch

müssen wir brandmarken und geißeln, und die SPD muß ihn aufgeben.

Ich fürchte, hinter sozialdemokratischer Rechthaberei und Wahlkampf mätzchen steckt noch etwas anderes. Ich fürchte, daß mit dieser Blockade- und Verzögerungspolitik im Bundesrat der Eindruck von Handlungsunfähigkeit der Politik allgemein genährt werden soll, wobei man wohl spekuliert, daß die so geschürte Mißstimmung eher zu Lasten der Regierung gehen könnte.

Warum wohl, liebe Freunde, will Lafontaine eine Rentendiskussion vom Zaun brechen? Doch nur, um die älteren Mitbürger zu verunsichern. Dabei weiß jeder, daß die Renten der Lohnentwicklung folgen. Das ist doch der Sinn unserer dynamischen Rente, daß die ältere Generation an wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben soll. Jetzt weiß auch jeder — vor allen Dingen ältere Mitbürger verstehen das besser als manche jüngere sozialdemokratische Funktionäre —, daß die Lohnerhöhungen geringer werden müssen, damit wir die Grundlagen unseres Wohlstands und unserer sozialen Sicherheit bewahren. Deshalb verstehen unsere älteren Mitbürger gut, daß genau dies zur Sicherung der Renten das Beste ist.

Für eine starke Demokratie

Das Schüren von Verunsicherung und Mißstimmung durch die SPD ist nicht verantwortungsvoll, und es stärkt im übrigen die Kräfte, die aus Unbehagen über diese Art von Politik ihr Heil am rechten oder linken Rand des politischen Spektrums oder vielleicht auch bei diffusen Grüppchen und Gruppen suchen, die zur programmatischen Gestaltung weder willens noch fähig sind, sondern die ledig-

lich aus der Artikulation von Unbehagen und Protest Honig saugen wollen.

So wird Demokratie aber nicht stabil. Daß Bonn nicht Weimar geworden ist, verdanken wir nicht zuletzt der Integrationskraft der großen Volksparteien. Wer sie schwächen will, muß wissen, was er tut. Wir wollen eine starke Demokratie auch in Zukunft.

Unsere Zeit ist voller Veränderungen. Verunsicherungen sind die fast zwangsläufige Folge. Auch Demokratie braucht Führung, und in Zeiten der Ungewißheit tut sie besonders not. Die Union ist gut gerüstet. Wir haben mit Helmut Kohl in den 80er Jahren einen dauerhaften Aufschwung in Stabilität geschaffen. Wir haben das Atlantische Bündnis gestärkt, und wir sind auf dem Weg zur Einheit Europas gut vorangekommen. Wir haben die Wiedervereinigung des Vaterlandes in Frieden und Freiheit erreicht. Wir haben ein klares Wertegerüst, das menschenwürdiges Leben in Freiheit ermöglicht. Wir setzen auf menschliches Miteinander in freier Gemeinschaft, und wir setzen auf einen Staat, der Frieden und Freiheit nach außen und innen schützt.

Im Miteinander der Generationen wächst Verantwortung für soziale Gerechtigkeit wie für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die Kräfte, die aus freiwilliger Initiative, aus freiwilliger Leistungsbereitschaft und freiwilliger Solidarität erwachsen, sind von den Kollektivisten immer unterschätzt worden.

Uns ist vor der Zukunft nicht bange. Große Herausforderungen machen uns Mut, und Krisen sind immer auch Chancen. Mit der Union und mit Helmut Kohl wird Deutschland sie nutzen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall und Bravo-Rufe. Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen) ■

Günther Rinsche:

Die Europäische Union ist unentbehrlich, um zentrale Probleme Deutschlands zu lösen

Vor 15 Jahren begann mit der ersten Direktwahl eines multinationalen Europäischen Parlaments ein neuer Abschnitt in der Geschichte der europäischen Integration. Die CDU/CSU-Abgeordneten haben im Juni 1979 die Zielsetzung ihrer parlamentarischen Tätigkeiten mit folgenden Worten beschrieben:

- die europäische Integration dynamisieren,
- die europäischen Institutionen demokratisieren,
- die Deutschen in Europa repräsentieren.

Diese Zielsetzungen wurden verwirklicht.

Die Europäische Gemeinschaft — eine Erfolgsgeschichte

Nach einer Phase europapolitischer Stagnation und Selbstblockade in den 70er Jahren entstand mit der 1. Direktwahl 1979 und vor allem mit dem Amtsantritt der Bundesregierung Helmut Kohl 1982 eine neue Dynamik der europäischen Einigungspolitik, die durch die nachstehenden — historisch zu nennenden — Ereignisse und Errungenschaften geprägt wurde:

17. — 19. 6. 1983: Unter Leitung des EG-Ratspräsidenten Bundeskanzler Helmut Kohl proklamieren die Staats- und

Regierungschefs auf ihrem Gipfeltreffen in Stuttgart die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“.

1. 7. 1987: Die „Einheitliche Europäische Akte“ (EEA), das wichtigste Reformwerk der Europäischen Gemeinschaft seit den „Römischen Verträgen“ (1957) tritt in Kraft.

11. — 12. 2. 1988: Der EG-Sondergipfel unter Leitung des EG-Ratspräsidenten Bundeskanzler Helmut Kohl verabschiedet das „Delors-Paket“ über die Reform des Finanzierungssystems und

**Zu Protokoll gegebener
Bericht des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion des
Europäischen Parlaments,
Günther Rinsche**

schaft neue Grundlagen für eine Weiterentwicklung der Gemeinschaft.

9. — 10. 11. 1989: Öffnung der Grenze in Berlin („Fall der Mauer“).

28. 4. 1990: Der EG-Sondergipfel in Dublin erklärt seine Unterstützung für den deutschen Einigungsprozeß und stellt fest, daß die Integration der DDR in die EG ohne Änderung der EG-Verträge erfolgen kann.



3. 10. 1990: Wiedervereinigung Deutschlands. Die frühere DDR wird damit Teil der Europäischen Gemeinschaft.

9. — 11. 12. 1992: Der EG-Gipfel in Maastricht verabschiedet den „Vertrag über die Politische Union“ und den „Fahrplan“ zur Wirtschafts- und Währungsunion (WWU).

1. 1. 1993: Beginn des EG-Binnenmarktes.

1. 11. 1993: Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft. Beginn der „Europäischen Union“.

Schon diese Auswahl wichtiger Entscheidungen und Etappen der europäischen Integration läßt die Schlußfolgerung zu: Noch nie in der Geschichte Europas hat es in einem solch kurzen Zeitlauf eine derartige Fülle zukunftsorientierter Ent-

scheidungen für Frieden, Freiheit und soziale Wohlfahrt in Europa gegeben. Im Licht des historischen Überblicks verblasen die kleinkarierten Mäkeleien über europäische Tagesprobleme (wie z. B. das „Reinheitsgebot“ beim Bier, usw.) ebenso wie die sterilen Aufgeregtheiten über „europäische Unvollkommenheiten“.

Die Geschichte der Europäischen Union der letzten 15 Jahre wird als eine Geschichte ihrer Krisen bezeichnet. Richtig ist vielmehr, daß einige zweifellos vorhandene Krisen durch entschlossenes und unbeirrbares Handeln europäischer Staatsmänner und Politiker bewältigt und als Antriebskraft für Fortschritt genutzt wurden. Allen „Katastrophen-Szenarien“ zum Trotz: Die Geschichte der Europäischen Gemeinschaft ist eine Erfolgsgeschichte.

Die seit 1982 neu gewonnene Attraktivität der Gemeinschaft, ihre politische Stabilität und ihre sozialökonomische Prosperität haben 1989 entscheidend dazu beigetragen, daß die Überwindung der Ost-West-Spaltung und damit die Wiedervereinigung Deutschlands und Europas möglich wurden. Die europäische Konzeption Konrad Adenauers und die zielstrebige sowie umsichtige Weiterentwicklung und Verwirklichung dieser Konzeption durch Helmut Kohl haben wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß Millionen Europäer die ersehnte Freiheit erringen konnten.

Die Europäische Union wurde zum Magnet für Millionen Menschen und zum Modell für das friedliche Zusammenleben der Völker.

Seit 1979 haben sich die CDU/CSU-Abgeordneten des direkt gewählten Europäischen Parlaments mit zahlreichen Impulsen, Initiativen und Aktivitäten am europäischen Aufbauwerk beteiligt. Als ein Beispiel für viele kann hier der „Ent-

wurf einer Verfassung der Europäischen Union“ genannt werden, der von den CDU/CSU-Abgeordneten am 13. 9. 1983 (EP-Dok. 1-653/83) vorgelegt wurde und der bereits viele Elemente und Vorschläge enthält, die zehn Jahre später in die Reformwerke der EG Eingang fanden und die aktuelle Verfassungsdiskussion des Europäischen Parlaments maßgeblich prägen.

In diesem CDU/CSU-Dokument von 1983 wird bereits der „Ausschuß der Regionen“ („Unionsregionalrat“) ebenso vorgeschlagen wie eine unabhängige Währungs- und Notenbank. Viele Anregungen von Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe des Europäischen Parlaments sind in Berichte und Stellungnahmen eingebracht worden, die dann wiederum die Gesetzgebung der EG entscheidend beeinflußt haben. Die konkreten Anliegen und Sorgen ihrer Mitbürger in Deutschland standen immer im Mittelpunkt aller parlamentarischen Aktivitäten der CDU/CSU-Abgeordneten.

Die Bürger-Abgeordneten-Kommunikation durch tausende von Gesprächen, Briefen und Versammlungen ist und bleibt eine unverzichtbare Voraussetzung für den dauerhaften Erfolg der europäischen Integration. Bei all ihren europapolitischen Initiativen hat sich die CDU/CSU-Gruppe schon seit 1979 strikt an den Grundsatz der Subsidiarität gehalten.

Im Unterschied zu anderen politischen Gruppierungen im EP sind die CDU/CSU-Abgeordneten gefeit gegen die „Versuchungen eines europäischen Dirigismus“, denen vor allem jene sozialistisch geprägten Parteien erliegen, die sich nicht aus den zentralistisch-dirigistischen Ideologien befreien können und immer noch an die vermeintliche „Wohl-

fahrtswirkung“ ideologisch beeinflusster Regulierungen glauben.

Neue Probleme — neue Aufgaben

Die Wertordnung und politische Tradition der CDU/CSU-Abgeordneten sowie das im christlich-demokratischen Gedankengut fest verankerte Subsidiaritätsprinzip sind wesentliche Erfolgsvoraussetzungen für die Gestaltung einer neuen Ordnung für ganz Europa. Es ist unübersehbar, daß die gegenwärtige Situation in Europa neue Probleme und Schwierigkeiten enthält, die nur durch Konsens und Effizienz in der europäischen Politik zu überwinden sind.

Tiefgreifende Strukturveränderungen in Ost- und Südosteuropa sowie die riesigen ökologischen, sozialökonomischen und psycho-sozialen Schadensfolgen des sogenannten realen Sozialismus lassen sich weder durch Knopfdruck-Sofortmaßnahmen noch durch angebliche Patentrezepte beseitigen. Erforderlich ist vielmehr eine gemeinsame europäische Politik, die mit neuen Mitteln und Möglichkeiten für eine neue und dauerhafte Ordnung arbeitet. Hast, Hektik und sterile Aufgeregtheit sind schlechte Arbeitsweisen für gute Politik.

Hilfreich sind aber die Tugenden der Geduld, Genügsamkeit und Gelassenheit, die ursächlich für den Aufstieg jener dynamischen asiatischen Volkswirtschaften sind, die viel von der EG gelernt haben und die ihrerseits den Europäern heute beachtenswerte Erfolgsgrundsätze vermitteln können.

Wegweisend für die europäische Politik heute ist auch der Hinweis, den Konrad Adenauer vor 40 Jahren gab: „Stetigkeit in der Politik ist die Grundlage für das Vertrauen und damit auch die Grundlage für den Erfolg. Man muß Entwicklungen voraussehen und Geduld haben.“

Perspektiven und Erfordernisse der künftigen Arbeit des Europäischen Parlaments

In den nächsten fünf Jahren werden die Weichen gestellt für das nächste Jahrhundert der europäischen Geschichte. Das neu zu wählende Europäische Parlament hat neue und erweiterte Rechte, damit aber neue Pflichten und eine große Verantwortung für die Zukunft der Europäer. Verantwortung heißt: die richtige und rechtzeitige Antwort geben auf die existentiellen Fragen der Gegenwart und Zukunft. In einer „Ortsbestimmung der Gegenwart“ sind u. a. drei Gefährdungspotentiale erkennbar:

- **Re-Nationalisierung und Fragmentierung,**
- **Politische und soziale Instabilität,**
- **Gefährdung der sozialen Sicherheit durch sinkende Wettbewerbsfähigkeit und zunehmende Ressourcenvergeudung.**

Die Gefährdungen Europas stehen in einem weltweiten Zusammenhang mit den gegenläufigen Tendenzen der Globalisierung durch zunehmende weltweite Verflechtung und einer Fragmentierung durch den Zerfall von Staaten und Suche nach ethnischer Identität durch Abgrenzung und Ausgrenzung.

Eine spezifische deutsche Gefährdung ist die irrije Vorstellung, daß die europäische Integration durch die deutsche Wiedervereinigung weniger wichtig geworden sei. Sprüche aus den 30er Jahren werden wieder aufgewärmt: „Wir sind wieder wer!“, „Der Starke ist am mächtigsten allein!“, usw. Würden die wiedervereinigten Deutschen diesen Parolen der Neonationalisten verschiedenster Prägung folgen und sich aus der europäischen Integration ausklinken, so wäre das Ergebnis

nicht die Einsamkeit des Mächtigen, sondern die Einsamkeit des Aussätzigen, der bald auch bettelarm sein würde.

Aus der Interaktionsfunktion des Europäischen Parlaments (d. h. Bürger-Abgeordneten-Kommunikation) ergibt sich die Aufgabe, die europäische Einheit als Lebensgrundlage der Europäer sichtbar zu machen. „Straßburg oder Sarajevo?“ Diese Alternative zu deuten, heißt Antwort zu geben auf die Herausforderung durch Fragmentierungstendenzen.

Die europäische Existenzformel lautet auch hier: Integration = Information + Kommunikation + Motivation.

In einem Kommentar zum Leitthema: „Europa im Jahr 2000“ schrieb Pierre Lellouche: „Die Hälfte Europas steht auf Treibsand. Es ist schwierig, ein neues Haus auf solchem Terrain zu bauen.“ Es ist schwierig, aber es ist möglich und es ist notwendig, ein gemeinsames Haus Europa zu bauen, das ein „Haus der Freiheit“ sein soll, so wie Konrad Adenauer das zu Beginn der 60er Jahre gefordert hat.

Politische und soziale Stabilität durch die Realisierung der europäischen Idee — Freiheit, Ordnung, Menschenwürde — ist eine vorrangige Zielsetzung der Europäischen Union, die nicht zuletzt auch durch Beiträge des Europäischen Parlaments erreicht werden kann.

Mehr als bisher müssen die Aktivitäten des Parlaments auf lebenswichtige Ziele konzentriert werden. Eine Verzettlung und Vergeudung unserer begrenzten Kräfte und Ressourcen durch blinden Aktivismus, durch Deklamationen-Inflation und UNO-Imitation können wir uns nicht mehr erlauben. Ohne eine klar erkennbare Rangordnung unserer Ziele

und Aufgaben wird alles gleich gültig, d. h. gleichgültig.

Das Europäische Parlament hat keine „globale Allzuständigkeit“, schon gar nicht als Oberlehrer oder Weltgericht; seine Hauptaufgabe besteht vielmehr darin, als Vertretung der europäischen Bürger für deren Zukunftssicherung zu arbeiten und durch Stärkung der politischen und sozialen Stabilität in ganz Europa einen Beitrag zum Weltfrieden zu leisten.

Da das Europa des 21. Jahrhunderts weder Paradies noch Schlaraffenland sein wird, sind Leistung und hohe Arbeitsergiebigkeit unverzichtbar, wenn die zentralen Aufgaben gesamteuropäischer Politik gelöst und die damit verbundenen Ausgaben finanziert werden sollen.

In einer Zeit knapper Ressourcen und eines zunehmenden weltweiten Wettbewerbs müssen die EP-Abgeordneten aller Nationen klar erkennen, daß die Europäische Union keine Kuh ist, die im Himmel gefüttert und auf Erden gemolken werden kann. Die Zukunft der Europäer ist nicht nur durch tendenzielle Instabilität, sondern auch durch eine gravierende sozialökonomische Ineffizienz gefährdet.

Wichtig ist hier die historische Erkenntnis: Unternehmen, Volkswirtschaften und ganze Kulturen sind — ebenso wie Organismen — durch parasitäre Wucherungen (Karzinom) und durch Erstarrung (institutionelle Sklerose) existentiell gefährdet. Unter diesen Aspekten wird eine vorrangige Aufgabe des neu zu wählenden Europäischen Parlaments darin bestehen, Beiträge zur Lösung des Optimierungsproblems und des Koordinierungsproblems zu erbringen, d. h. fundierte Antworten zu geben auf die Fragen:

- Wie erreicht man in Europa den bestmöglichen Ertrag menschlicher Arbeit, d. h. des Denkens und Handelns von Individuen? (Optimierungsproblem)

- Wie können die Bemühungen und Tätigkeiten von Menschen und Institutionen in Europa so koordiniert werden, daß eine bestmögliche Verwirklichung der berechtigten Ziele aller Beteiligten erreicht wird? (Koordinierungsproblem)

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments wird sich bei der Erarbeitung der Antworten auf diese Grundfragen der europäischen Zukunftssicherung von den Erkenntnissen und Forderungen des Hamburger Grundsatzprogramms der Christlich Demokratischen Union Deutschlands leiten lassen. Die in den zahlreichen Anträgen zum Grundsatzprogramm enthaltenen kreativen Anregungen und Impulse für die Verbesserung von Konsens, Effizienz und Transparenz der Europäischen Union werden aufgegriffen und in die Politik des Europäischen Parlaments eingebracht.

Die zukunftsorientierte Politik der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bedarf der Fortsetzung einer effizienten Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern der CDU/CSU auf allen politischen Ebenen, vor allem aber mit der Bundesregierung Helmut Kohl, an deren europaweit anerkannte Problemlösungskompetenz — auch als Ratsmacht der Europäischen Union in der zweiten Jahreshälfte 1994 — hohe Anforderungen gestellt werden.

Der von allen europäischen Partnern immer wieder zum Ausdruck gebrachte Wunsch nach einer „Kontinuität der Köpfe“ in der deutschen Politik beweist die europapolitische Bedeutung der Wahlentscheidungen des Jahres 1994 in Deutschland. Die Europäische Union ist unentbehrlich, um zentrale Probleme Deutschlands zu lösen. Deutschland braucht Europa. Europa braucht Deutschland.

In keiner Legislaturperiode ist mehr geleistet worden

Manchmal muß man sich kurz überlegen, was seit 1990 passiert ist. Wenn geklagt wird, die Entscheidungsprozesse in der Koalition dauerten zu lange, dann ist das richtig. Das ärgert auch uns; auch wir hätten lieber manches schneller und kürzer.

Dennoch behaupte ich: Seit 1949 ist doch in keiner Legislaturperiode mehr geleistet und mehr getan worden als von 1990 bis 1994.

Denken Sie einmal: die Einheit in Freiheit erreicht; Wohlstand und soziale Sicherheit erhalten und auf 16 Millionen Menschen übertragen; gleichzeitig die europäische Einigung vorangetrieben und langfristig den Frieden gesichert; die Erblastenfinanzierung der DDR geregelt; Bund-Länder-Finanzausgleich geklärt; Reformen und Privatisierung von Bahn und Post in die Wege geleitet — das wäre früher allein ein Jahrhundertwerk für eine Legislaturperiode gewesen — ; durch die Gesundheitsreform die Krankenversicherung erhalten; aus einem Defizit von 10 Milliarden DM einen Überschuß von 4 oder 5 Milliarden DM gemacht; im Asyl — dank Wolfgang Schäuble und Edmund Stoiber; alle haben zusammen geholfen — endlich den Durchbruch.

Wir müssen schon der Bevölkerung sagen: Wer hat denn das die letzten fünf oder zehn Jahre verhindert und damit auch einen Teil der Fremdenfeindlichkeit und des Ärgers erzeugt? Es war die SPD, und die haben uns immer gesagt, das bringe nichts. Die

personifizierte Unwissenheit in Bayern namens Renate Schmidt hat noch 1991 gesagt: Nicht ein Asylant weniger. Jetzt sind es 60 Prozent weniger durch diese Regelung. Herr Gott, solchen Leuten kann man doch nicht das Geschick Bayerns oder Deutschlands in die Hand geben.



Aus dem Grußwort des CSU-Vorsitzenden, Bundesfinanzminister Theo Waigel

Von Machiavelli stammt der Satz: Ich wage zu behaupten, daß es schädlich ist, milde, treu, menschlich, aufrichtig und fromm zu sein und stets danach zu handeln; dagegen nützlich, sich den Anschein zu geben, als besäße man diese Tugenden.

Unsere Haltung, meine lieben Freunde, kann das nicht sein. Ich halte es mit dem Satz von Josef Bernhard: Es gilt, die Ordnung der Dinge zu erkennen und sich selbst in Ordnung zu bringen.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



**Deutschland
Wir packen's an!**



SICHER IN DIE ZUKUNFT
CDU

Dies ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

6/1994

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. **Vertrieb:** Tel. (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 37010050). **Abonnementspreis** jährlich 52,— DM. **Einzelpreis** 1,50 DM. **Herstellung:** WVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.